



Frontlinie El Salvador

Zerschlagt den Junta-Terror!

USA/OAS: Hände weg! Verteidigt Kuba, UdSSR!

Wir drucken hier die redigierte erste Hälfte einer Rede von Jan Norden ab, Herausgeber von Workers Vanguard und Mitglied des Zentralkomitees der Spartacist League/U.S., die er vor kurzem in Boston und New York unter dem Titel „Für Arbeiterrevolution in Zentralamerika“ hielt.

Es ist High Noon in Zentralamerika. All diese Bananenrepubliken, Marionettendiktaturen und oligarchischen Tyrannen sind mit ihrem Latein am Ende, und ein historischer Tag der Abrechnung rückt näher. Die bürgerliche Herrschaft, wie sie über das letzte halbe Jahrhundert hinweg praktiziert wurde, steckt in dieser Region in einer allgemeinen Krise. Und in dieser explosiven Situation ist eine neue Regierung ins Weiße Haus eingezogen, die entschlossen ist, dem Kreml eine blutige Botschaft zu senden. Die Botschaft besteht aus Huey-Hubschraubern, 105-Millimeter-Panzerfäusten, PT-Patrouillenbooten und „militärischen Beratern“ der USA. Das Blut dazu sollen die zentralamerikanischen Massen liefern. Reagan hat Castro und Breschnew über die Frage von El Salvador zum Kampf herausgefordert, und Zentralamerika steht jetzt im Brennpunkt des Kalten Krieges – der Punkt, in dem die ganze Energie der antisowjetischen Kriegshetze des Imperialismus konzentriert ist, und der Zunder der Massenempörung beginnt bereits in Flammen aufzugehen.

Um dieser Herausforderung zu begegnen, muß die Linke sowohl in Lateinamerika als auch in den imperialistischen Zentren sich der grundlegenden Frage stellen: welche Seite bezieht man in der Konfrontation zwischen dem raubgierigen Imperialismus und den degenerierten/deformierten Arbeiterstaaten des Sowjetblocks? Es ist nicht damit getan, an die liberale Beunruhigung über Völkermord zu appellieren. Zunächst haben wir es hier nicht einfach mit einem weiteren Fall zu tun, wo die USA einige blutrünstige Schlächter in ihrem Hinterhof unterstützen. Als Teddy Roosevelt mit diesen Mini-Staaten

„Unglücklicherweise gibt es keine effektive sowjetische Hilfe für die Aufständischen in El Salvador. Denn wenn es sie gäbe, wären im letzten Jahr nicht 12000 Menschen durch die rechten Todeskommandos und die Armee der Junta gestorben. Das ist der Beweis.“

rauh umsprang, ging es dem amerikanischen Imperialismus besonders darum, seine regionale Vorherrschaft zu konsolidieren. Der spanisch-amerikanische Krieg und die Dollardiplomatie zielten wesentlich darauf ab, die Monroe-Doktrin Realität werden zu lassen. Der Bau des Panamakanals ermöglichte es den USA zum ersten Mal, mit ihrer Marine auf zwei Ozeanen zu operieren. Das war Teil der Aufteilung der kolonialen Welt durch den Imperialismus in Vorbereitung auf den Ersten Weltkrieg. Vor einem halben Jahrhundert, als Zentralamerika zum letzten Male in den Schlagzeilen stand, war das Problem wesentlich regionaler Natur. Dieses Mal steht viel mehr auf dem Spiel.

In den letzten Wochen sind wir mit diesem Geschrei über sowjetische Waffen in El Salvador traktiert worden. Hier habe ich das

„Weißbuch“ des State Department. Ich glaube, sie nennen diese Dinge Weißbücher, weil sie der Öffentlichkeit etwas weismachen wollen, damit niemand merkt, was eigentlich vor sich geht. Wir müssen also zuerst das imperialistische Lügengebäude zerstören. Um den Ausspruch von Präsident Reagan vor ein paar Wochen zu gebrauchen: wer geht denn in der Welt umher, um zu lügen, zu betrügen und zu stehlen? Nun, wir haben dafür einen Kandidaten: die Vereinigten Staaten. Und das ist bereits Versuch Nummer zwei. Der erste Versuch war im Januar, als sie den „definitiven Beweis“ hatten, daß Nicaragua die „wahre Quelle“ sei, aus der die salvadorianischen Rebellen bewaffnet würden. Und der Beweis bestand aus ein paar Ruderbooten in der Bucht von Fonseca. Das Holz, sagten sie, käme normalerweise in El

Salvador nicht vor, und das sei der Beweis für die nicaraguanische Aggression. Das ist offensichtlich lächerlich, aber auf dieser Grundlage wurden 15 Millionen Dollar Hilfe für Nicaragua gestrichen, dafür wurde die Militärhilfe für El Salvador wieder aufgenommen. Nun, diese Story ging ganz schön daneben – die Zeitungskorrespondenten eilten zum Schauplatz und konnten keine Spur von Waffen oder etwas Ähnlichem entdecken. Stattdessen haben wir jetzt angebliche Berichte vom Vorsitzenden der Kommunistischen Partei von El Salvador.

Nun, die inoffiziellen Stimmen des amerikanischen Imperialismus haben sogar noch phantastischere Dinge auf Lager. Es gibt ein grandioses Beispiel in der Ausgabe von *Busi-*

Fortgesetzt auf Seite 8



Montan-Mitbestimmung: Den Bossen wird's zu teuer

Durch die Bundestagsdebatte vom 20. März gelangte die Montan-Mitbestimmung erneut in die Schlagzeilen: offenbar ein Dauerbrenner. Gegenüber dem Entwurf der Bundesregierung, der deutlich die Handschrift des bürgerlichen Koalitionspartners FDP trägt, brachte die CDU/CSU-Opposition ihren eigenen Entwurf ein. Ihrer Vorstellung zufolge sollen Unternehmen nicht mehr der Montan-Mitbestimmung unterliegen, wenn ihr Anteil am Montan-Umsatz unter die 30-Prozent-Grenze fällt. Wehner konterte, die Union wolle lediglich die rechtzeitige Verabschiedung des sozial-liberalen Gesetzentwurfes verhindern (ohne ein Gesetz würde der Mannesmann-Konzern, der die ganze Auseinandersetzung provoziert hatte, am 1. Juli aus der Montan-Mitbestimmung herausfallen). Schattenboxen... Beide Entwürfe schränken die Montan-Mitbestimmung ein und tragen sie schließlich zu Grabe. Union und Regierungskoalition tragen einfach dem Umstand Rechnung, daß im Westdeutschland der achtziger Jahre der Spielraum für Klassenkollaboration schwindet, wie die provokatorischen Reallohnensenkungs„angebote“ der Bosse auf der einen und die eine Million Metaller in Warnstreiks auf der anderen Seite zeigen.

Der folgende Artikel wurde vor der jüngsten Scheindebatte im Bundestag verfaßt.

Der Mannesmann/Overbeck-Vorstoß gegen die Montan-Mitbestimmung war der erste Schuß in der Offensive von Gesamtmetall gegen die Gewerkschaften und die sozialen Errungenschaften der westdeutschen Arbeiter. Begonnen hatte die Auseinandersetzung, als der ehemalige Wehrmächts-Generalstabschef Anfang Juni 1980 dem IG-Metall-Vorsitzenden Eugen Loderer (auf dessen Geburtstagsfeier) seinen Plan zusteckte, den Konzern umzustrukturieren: die Mannesmann-Hüttenwerke sollen aus dem Konzern aus- und der selbständigen Tochtergesellschaft Mannesmann-Röhrenwerke angegliedert werden, so daß als Folge die Mannesmann AG nicht mehr der Montan-Mitbestimmung unterliegen würde.

Die Gewerkschaftsbürokratie reagierte betroffen. „Der soziale Friede ist bedroht“ erklärte Loderer (*metall*, 23. August 1980) und DGB-Vorsitzender Heinz Oskar Vetter tönte: „Bleibt Mannesmann hart, dann ist der Krieg da“ (*Der Spiegel*, 28. Juli 1980). Zehntausende von Stahlkochern beteiligten sich Ende Juli/Anfang August 1980 an Warnstreiks. Auch Herbert Wehner trat auf den Plan – er mobilisierte über 200 sozialdemokratische Abgeordnete, um mit einer Initiative zur „dauerhaften gesetzlichen Sicherung“ der Montan-Mitbestimmung den Freunden im IG-Metall-Vorstand den Rücken zu stärken.

Aber nach monatelangem Geplänkel vereinbarte das sozialdemokratisch geführte Kabinett einen „Kompromiß“, der das Ende

der „qualifizierten Mitbestimmung“ bei Unternehmen wie Mannesmann, die sich ihrer entledigen wollen, nur um sechs Jahre hinauszögert. Den Koalitionsvereinbarungen zufolge soll ein Konzern nach dieser Frist aus der paritätischen Mitbestimmung herausfallen, wenn sein Anteil von Eisen- und Stahl- bzw. Kohleproduktion am Gesamtumsatz unter die 50-Prozent-Grenze fällt.

Für die Gewerkschaften ist allerdings die Frage der paritätischen Mitbestimmung keineswegs vom Tisch. Die IG Metall erklärte den 30. Januar zum „Tag der Mitbestimmung“, um jenes Tages vor dreißig Jahren zu gedenken, an dem – nach Loderer – „die Gewerkschaften die Kraftprobe um die Montan-Mitbestimmung endgültig für sich entscheiden konnten“ (*metall*, 14. Januar). Es geht der Gewerkschaftsspitze nicht nur um ihre Bezüge aus Aufsichtsratsposten (die keineswegs gering sind); es geht um das Selbstverständnis der Gewerkschaften in der „Zweiten deutschen Republik“ (Wehner). Die Montan-Mitbestimmung, „dieses Faustfand der Wirtschaftsdemokratie“ (Loderer), steht für die ganze Politik der Sozialpartnerschaft und Mitverantwortung der Gewerkschaften im bürgerlichen Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.

Mitbestimmung bedeutet die Mitverantwortung und das (nie entscheidende) Mitspracherecht der Gewerkschaftsbonzen in kapitalistischen Unternehmen. Sie ist untrennbar verbunden mit der „Friedens- und Schweigepflicht“. Für Kommunisten ist die Mitbestimmung per se ebensowenig fortschrittlich wie die „Konzertierte Aktion“ oder die Beteiligung von Gewerkschaftsführern an einer bürgerlichen Regierung (und diese Formen von Klassenzusammenarbeit gehen häufig miteinander einher).

Daß, beispielsweise bei Mannesmann, bei der Umstrukturierung Tausende von Arbeitern und Angestellten wegrationalisiert werden, stört die Gewerkschaftsführung nicht sonderlich, und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 1. August 1980 bemerkte hämisch: „... für den geplanten Abbau von etwa 3000 Arbeitsplätzen zeigen die Funktionäre mehr Verständnis als für den Wegfall der gewerkschaftlichen Vorrechte, die das Montan-Mitbestimmungsgesetz den Gewerkschaften einräumt.“ Stattdessen zerbrach sie sich darüber den Kopf, wie sie den Mannesmann-Bossen zu den 50 Millionen Einsparungen verhelfen könnte, ohne die paritätische Mitbestimmung aufs Spiel zu setzen. Die Auseinandersetzung bei Hoesch ist gleichfalls ein Paradebeispiel. Die IG Metall hat dort ihren Arbeitsdirektorposten, sitzt im Aufsichtsrat – um die Vernichtung von über 4000 Arbeitsplätzen abzusegnen. Die „Gegenwehr“ beschränkt sich darauf, unter der Losung „Stahlwerk jetzt“ Druck auf Hoesch auszuüben, ihre Rationalisierung in angeblich „arbeiterfreundlicherer“ Weise durchzuführen. Insgesamt sind 50000 Arbeitsplätze im Stahlbereich seit 1975 beseitigt worden, 10000 weitere Entlassungen stehen im Ruhrgebiet an.

Aber Overbecks Vorstoß gegen die Montan-Mitbestimmung ist Teil eines wohl präparierten Angriffs auf die Gewerkschaften und die gesamte Arbeiterklasse. Mitbestimmung in seiner paritätischen Form ist hier das Symbol, das für viele Errungenschaften der Arbeiter nach 1945 steht. Overbeck hat deutlich zu verstehen gegeben, daß die maßgebenden Kreise der deutschen Bourgeoisie vorhaben, eine entschieden schärfere Sprache mit den Arbeitern zu sprechen: offensive Lohnpolitik der Unternehmer, mehr Entlassungen und schärfere Rationalisierungen. Und zum Nach-„Wirtschaftswunder“-Deutschland gehört auch, daß die Bosse die Anwesenheit von Gewerkschaftsvertretern in ihren Aufsichtsräten nicht mehr gern sehen, daß es auch langsam aus ist mit „großzügigen“ Sozialplänen. „Die fetten Jahre sind vorbei!“ Gegen die Unter-

nehmeroffensive ist die geschlossene Front aller Arbeiter ein elementares Gebot der proletarischen Solidarität!

1947 – Hohelied der Stahlbarone auf die Mitbestimmung

1946/47 waren die Montan-Bosse gar nicht der Meinung, daß die paritätische Mitbestimmung ihren Interessen zuwiderliefe, im Gegenteil, sie propagierten sie sogar. Sie hielten die Montan-Mitbestimmung für das geeignetste Mittel, um den Forderungen der Arbeiter an Rhein und Ruhr nach Enteignung und den Plänen der Alliierten – so der britischen Besatzungsmacht in ihrer Zone – für die „Entflechtung“ der eisen- und stahl-erzeugenden Industrie (Zerstückelung der Großkonzerne in viele kleinere, selbständige Nachfolgesellschaften) präventiv zu begegnen. Der Aufsichtsratsvorsitzende der Klöckner Werke AG in Duisburg, Jarres, erklärte beispielsweise gegenüber der Einheitsgewerkschaft unter Führung Hans Böcklers:

„Wir bei Klöckner sind der Auffassung, daß ... die praktische Gleichstellung, d. h. Gleichberechtigung, aber auch Gleichverantwortung von ‚Kapital und Arbeit‘ verwirklicht werden sollte ... Die unerläßliche Voraussetzung eines Gelingens ist nach unserer Überzeugung jedoch, daß die gesuchte Lösung wirtschaftlich gesund und vertretbar und daß sie auch von höheren Gesichtspunkten aus in sich gerechtfertigt ist.“ (zitiert nach: „Die Mitbestimmung als demokratisches Prinzip“, Dokumentation der *Frankfurter Hefte*, Oktober 1980)

Den Gewerkschaftsbonzen war es nur allzu recht. „Gleichberechtigt“ mit den Kapitalvertretern in paritätisch besetzten Aufsichtsräten zu sitzen, entsprach ihrer Vorstellung von einer „Demokratisierung der Wirtschaft“. Auch die britische Besatzungsmacht akzeptierte dieses Modell, um „auf lange Sicht Arbeitsunruhen in der Industrie zu verhindern“ (*Der Spiegel*, 18. August 1980).

Aber was die Kapitalisten 1947 aus einer Situation der Schwäche heraus zugestanden hatten, wollten sie drei Jahre später wieder loswerden, nachdem seit dem Marshall-Plan 1948 klar geworden war, daß Deutschland sich zur „Schlüsselposition des Westens“ entwickelte und die USA und Großbritannien eine industrielle Entwicklung der BRD nicht länger verhindern würden. Einer der Hauptgegner der Montan-Mitbestimmung war der BDI-Präsident Fritz Berg, der die Ausweitung dieser Regelung auf die gesamte Großindustrie befürchtete. Als der damalige Wirtschaftsminister Ludwig Erhard Pläne zur Abschaffung der paritätischen Mitbestimmung ausarbeiten ließ, antwortete der DGB mit Streikdrohungen und erzwang 1951 die gesetzliche Sicherung der Montan-Mitbestimmung durch den Bundestag. Die reformistische Gewerkschaftsführung machte den bürgerlichen Politikern klar, daß sie zur Aufrechterhaltung der Fiktion der Sozialpartnerschaft ein entsprechendes Instrument in ihren Händen benötigte, zumindest die Montanmitbestimmung:

„Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, insbesondere der Eisen schaffenden

Industrie, hat sich ohne Störungen in stets aufsteigender Linie vollzogen. Das war nur möglich, weil die Arbeitnehmerschaft verantwortlich in das Betriebsgeschehen eingeschaltet zu werden hoffte.“ (Brief Böcklers an Adenauer vom 23. November 1950, zitiert nach der Dokumentation der *Frankfurter Hefte*)

Zwanzig Jahre später bestätigte die mit der Untersuchung der Auswirkungen der Montan-Mitbestimmung betraute Biedenkopf-Kommission, daß diese „die Gültigkeit des Rentabilitätsprinzips in keinem Fall in Frage gestellt hat“ (*Der Spiegel*, 11. August 1980).

Klassenkampf statt Mitbestimmung!

Große Teile der westdeutschen Arbeiterklasse halten die Mitbestimmung für ein Stück realer „Gegenmacht“, die eine „Demokratisierung“ der Wirtschaft bewerkstelligen soll. Kommunisten müssen an den gewerkschaftlichen Mobilisierungen zur Verteidigung der Mitbestimmung anknüpfen. Wir verteidigen gegenüber der Unternehmeroffensive die Arbeiter und die Gewerkschaften, die für den Erhalt der (Montan-)Mitbestimmung eintreten. Die Mitbestimmung selber und die Ideologie der „Klassenpartnerschaft“ und „Wirtschaftsdemokratie“, der sie entspricht, ist eine reformistische Sackgasse für das Proletariat. Mehr noch, wenn die Gewerkschaft im Rahmen der Mitbestimmung ihre Unterschrift für die Entlassung Tausender von Kollegen hergibt, greift sie die Substanz der Gewerkschaftsbewegung genauso an, wie die Austeritätspolitik der Regierungssozialisten dies tut.

Die vorgeblich revolutionäre Linke in der Bundesrepublik macht das Spiel der Bürokraten mit, indem sie die Mitbestimmung als Instrument der Klassenzusammenarbeit mehr oder weniger scharf kritisiert, sie aber dennoch als „fortschrittlich“ verteidigt: „Mitbestimmung als Kampfaufgabe“, „Mitbestimmung als demokratisches Prinzip“. Die revisionistische GIM setzt der Mitbestimmung ... die Mitbestimmung entgegen, indem sie die Arbeiterkontrolle – die Doppelherrschaft auf betrieblicher Ebene – zur idyllischen Dauereinrichtung verballhornt:

„Im Rahmen des kapitalistischen Systems ist alleine die Kontrolle der Arbeiter über die Produktion das geeignete Instrument, um die Interessen zu verteidigen. Dies umfaßt das Veto-Recht gegen Entlassungen, den Kampf um die Offenlegung der Bücher, die Kontrolle des Arbeitstempes und die Umverteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich. Dies wird nicht durch die Übernahme von Verantwortung, sondern durch breiteste Demokratie im Betrieb und in der Gewerkschaft und Ablehnung jeder Verantwortung für das Kapital erzielt.“ (*was tun*, 30. August 1980, Hervorhebung von uns)

Ohne die Frage zu stellen, wer die Macht im Betrieb hat, wer die Macht im Staat innehat, will die GIM die Demokratisierung der Betriebe durchführen. Aber ohne die Verfügungsgewalt der Kapitalisten über das Kapital zu brechen, wird jede „Wirtschaftsdemokratie“ – auch die der GIM – zu einer Art von klassenkollaborationistischem Mitspracherecht à la Mitbestimmung. Die Schlüsselindustrie muß von einer revolutionären Arbeiterregierung enteignet werden, um die „breiteste Demokratie im Betrieb“ und in der gesellschaftlichen Planung einzuführen.

Wie wir anlässlich der Verabschiedung des (nichtparitätischen) Mitbestimmungsgesetzes 1976 schrieben (*Kommunistische Korrespondenz* Nr. 12, Januar/Februar 1976):

„Revolutionäre lehnen entschieden jede Klassenkollaboration – und damit jede Form von ‚Klassenpartnerschaft‘, Mitbestimmung usw. ab. Die Aufgaben des revolutionären Proletariats können nur im unversöhnlichen Kampf gegen die Bourgeoisie durchgesetzt werden. Mitbestimmung aber macht ‚Vertreter‘ der Arbeiterklasse mitverantwortlich für die Politik des Kapitals: für Kurzarbeit, Entlassungen, Preiserhöhungen usw... Wir wollen keine ‚Arbeitervertreter‘ in kapitalistischen Aufsichtsräten, sondern eine Regierung der Arbeiterklasse, die Enteignung der Industrie, die Abschaffung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ...“ ■

Neu!

SPARTAKIST

Ein Arbeiter-Polen, ja! Papst Wojtylas Polen, nein!

SWP 1956 contra SWP 1980
„Reine Demokratie“ oder politische Revolution in Osteuropa... 6
Afghanistan und die russische Frage
Feuerprobe für die Linke... 16

DM 2,-

Zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Pschk. Ffm 119 88 – 601 (W. Hohmann)

SPARTAKIST

herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
Sektion der internationalen Spartacist Tendency
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
6000 Frankfurt/Main 1
Verantwortlicher Redakteur:
W. Hohmann, 6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen
Punkten der Auffassung der Redaktion.
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten
Betrieb. ISSN 01 733 7430

Eine Million Metaller in Warnstreiks

Entfesselt die Macht der IG Metall!



Seit drei Wochen beweisen die IG-Metaller ihre Kampfbereitschaft: Kundgebungen, Demonstrationen, Warnstreiks. Besonders die Autoarbeiter, die nicht nur mit der Lohnrauboffensive, sondern auch mit Massenentlassungen konfrontiert sind, haben in militanten Aktionen gezeigt, daß sie den Frontalangriff des Kapitals nicht kampflös hinnehmen werden.

Drei Wochen „neue Beweglichkeit“ beweisen, daß die Bürokratie von Loderer und Janßen nicht bereit ist, den Kampfwillen und die Stärke der IG Metall zur vollen Durchsetzung ihrer Forderungen einzusetzen, für Vollstreik zu mobilisieren. Janßens Erklärung, die „neue Beweglichkeit“ sei ein „Zeichen der Bereitschaft, einen regelrechten großen Streik mit vorausgehender Urabstimmung zu vermeiden“ (nach *Arbeiterkampf*,

16. März) ist ein Dolchstoß in die Rücken der Arbeiter, die im Krisenjahr 1981 die Suppe auslöffeln sollen, die ihnen die Kapitalisten eingebrockt haben. Loderer und Janßen wollen weiter festhalten an der Sozialpartnerschaft und die Interessen der Arbeiter für das „gesamtgemeinschaftliche Wohl“ ausverkaufen: „... Die Metallarbeitgeber wollen keine Lösung am Verhandlungstisch, sondern einen sozial unverantwortlichen und wirtschaftlich unsinnigen Streik provozieren“ (*Frankfurter Rundschau*, 26. März). Und selbst der „linke“ Steinkühler weicht auf 5,5 Prozent – auf Lohnraub! – als „unterste Verhandlungslinie“ zurück.

Doch nicht nur die Bürokratie setzt auf die Demoralisierungstaktik Warnstreik. Hört man den Kommunistischen Bund Westdeutschland, glaubt man ein IG-Metall-Vorstandsmitglied vor sich zu haben: „... Demonstrationen, Kundgebungen und Info-Stände in der Stadt entwickeln die Kampfbereitschaft und das politische Bewußtsein der Bewegung“ (*Kommunistische Volkszeitung*, 9. März). Auch die Gruppe Internationale Marxisten weiß den Arbeitern in ihrer Flankendeckung der Bürokratie nichts anderes zu erzählen als die Salamtaktik zu „vereinheitlichen“ und als non plus ultra „Urabstimmung über weitergehende Kampfmaßnahmen“ (*was tun*, 12. März) zu fordern.

Die Arbeiterklasse will keinen Ausverkauf, wie ihn ihre bürokratischen Führer durchsetzen wollen oder deren Adjutanten von KBW und GIM vorschlagen. Sie will „Butter bei die

Fische“, das mußte selbst der Vorstand der IG Bau, Steine, Erden auf Druck seiner Mitglieder anerkennen und das provokative Angebot der Kapitalisten trotz Abschlußbereitschaft ablehnen. Die IG-Metaller können siegen, der Weg eines erfolgreichen Kampfs gegen die Offensive des Kapitals wird in dem unten abgedruckten Flugblatt gewiesen, das wir vor Metallbetrieben im Frankfurter Raum und in Westberlin verteilt haben.

Der Lohnkampf der Metallarbeiter, geführt von der stärksten Gewerkschaft Westeuropas, der IG Metall, trifft frontal auf eine Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse. Das Angebot von 4 Prozent ist ein Hohn. Dagegen gibt es nur eins: *Kampf!* Die durch die kapitalistische Mißwirtschaft verschuldete Krise darf nicht auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen werden!

Aber auch die SPD/FDP-Regierung greift mit ihrer Sparpolitik ganz schön tief in die Taschen der Arbeiter, während sie gleichzeitig höhere Sozialabgaben verlangt. Natürlich hat sie dagegen keine Probleme, Milliarden für Reagans antisowjetische Kriegspolitik, 500 Millionen für die blutige Diktatur in der Türkei aufzubringen.

Die nach massivem Abschieben von ausländischen Arbeitern hier noch verbliebenen türkischen und anderen ausländischen Kollegen sollen jetzt als Sündenböcke für die Krise dienen. Die Arbeiterklasse soll durch eine chauvinistische Hetze gespalten werden. Aber die ausländischen Kollegen, die jahrelang für das deutsche Kapital geschuftet haben, sind nicht Schuld an der wachsenden Misere in Westdeutschland. Schuld ist das kapitalistische System, das sich zunehmend unfähig zeigt, der Bevölkerung Arbeit, Wohnraum etc. zu bieten, aber umso mehr Panzer und U-Boote für die Schlächter dieser Welt produziert. 141 Jugendliche in Nürnberg – willkürlich verhaftet von Strauß/Tandlers Polizei – haben einen Polizeiterrord erfahren, der morgen auch gegen die Gewerkschaften eingesetzt werden wird.

Unternehmer und Gewerkschaften sehen beide die Signalwirkung dieser Metalltarifrunde für die kommenden Tarifikämpfe in anderen Industrien. So sagt der IG-Druck- und Papier-Vorsitzende Mahlein: „Die Metalltarifrunde setzt ein Signal für die achtziger Jahre.“ Zweifellos – ein Sieg der Metallarbeiter würde beweisen, daß die Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin entschlossen ist, die Abwälzung der Krisenlasten auf ihren Rücken zu verhindern. Die Unternehmer wollen dagegen ihre „neue Lohnpolitik“ durchsetzen – das heißt Minus unter dem Strich. Nicht mal die von der IG Metall geforderten 8 Prozent sichern den Lebensstandard; schon gar nicht für diejenigen, die die Bosse sowieso auf die Straße setzen oder zurück in die „sanfte“ Umarmung der türkischen Junta schicken wollen.

Die Metallarbeiter sind kampfbereit, weit mehr als dreiviertel Millionen Metaller aus über tausend Betrieben haben dies bereits durch ihre aktive Teilnahme an Warnstreiks gezeigt. „Loderer, führ uns in den Kampf! Alles andere ist Krampf!“, „Aufhebung der Leichtlohngruppen!“, „Urabstimmung einleiten!“ waren unter den Parolen bei den Demonstrationen in dieser Woche.

Gewerkschaftsführung scheut den Kampf

Die Metaller wollen und können siegen. Doch die Bürokratie von Loderer und

Janßen will nicht gegen die Unternehmeroffensive kämpfen. Sie scheut die Konfrontation mit der „Sparpolitik“ der von der SPD geführten Bonner Regierungskoalition. Die sogenannte flexible Streiktaktik der „neuen Beweglichkeit“ verpulvert die Kampfbereitschaft der Arbeiter, anstatt den Kapitalisten gehörig Dampf zu machen. Die Parole muß heißen: *Vollstreik jetzt!* In Wahrheit tun Loderer und Janßen und auch der „linke“ Steinkühler alles, um einen richtigen Streik zu vermeiden. Heute sollen nach Meinung von Janßen die Streikkassen voll bleiben, um den Vollstreik für die 35-Stunden-Woche – am Sanktnimmerleinstag – nicht zu gefährden.

Die Gewerkschaftsführung will nicht kämpfen aus Rücksicht auf die ohnehin krisengeschüttelte SPD/FDP-Regierung und aus eigener Furcht vor einer vollen Mobilisierung ihrer Mitgliedschaft, die sie nicht mehr kontrollieren könnte. Und weil sie weiß: im Krisenjahr 1981 die Macht der IG Metall in den Kampf zu werfen, das heißt, die gesamte kapitalistische Ordnung in Westdeutschland in Frage zu stellen.

Aber es geht um die elementaren Interessen der Arbeiterklasse: In allen Betrieben, in allen Bezirken, auf allen Ebenen müssen demokratisch gewählte Streikkomitees der Kompromißpolitik der Gewerkschaftsführung entgegengestellt werden. Polizeieinsätze gegen streikende Arbeiter wie am Timmendorfer Strand vom 9. März vor dem Verhandlungsort des Nordverbundes müssen militante Streikpostenkettens entgegen-

„Neue Beweglichkeit“ lähmt Kampfkraft

gestellt werden. Der Kampf muß geführt werden für die Streichung der Lohngruppe 2, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für eine substantielle Lohnerhöhung, abgesichert durch eine Preisgleitklausel gegen die Inflation. Gegen die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit, von der bereits über eine Million betroffen sind, fordern wir die Verteilung der Arbeit auf alle Hände! *30 Stunden Arbeit für 40 Stunden Lohn!*

Sozialistische Planwirtschaft statt kapitalistischer Profitwirtschaft

Die Antwort von Unternehmern und SPD/FDP-Regierung auf die Krise ist für die Arbeiter „Verzicht im Interesse der Nation“, Arbeitslosigkeit, Abschiebung von Ausländern. Gleichzeitig wird der Waffenexport angekurbelt und eine chauvinistische Hetze gegen „ausländische Konkurrenz“ geschürt. Aber nicht japanische Arbeiter, sondern die eigene Bourgeoisie ist der Hauptfeind, und Handelskriege sind nur die Vorbereitung für „heiße“ Kriege. Es gibt nur einen Weg, mit der kapitalistischen Mißwirtschaft Schluß zu machen: den Sturz der Bourgeoisie.

Die Forderungen der Metallarbeiter müssen durch militante Streikaktion durchgeführt werden. Aber ein siegreicher Metallarbeiterstreik würde klar die Frage stellen: Wer regiert im Land? Davor haben die Kapitalisten, aber nicht weniger die SPD- und Gewerkschaftsspitze Angst. Die IG Metall braucht eine neue, eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung, die die Interessen der Arbeiter erkämpft; das Ziel muß eine Arbeiterregierung sein, die die Bourgeoisie enteignet und den Grundstein für eine sozialistische Planwirtschaft legt.

Frankfurt am Main, den 17. März 1981

Kontaktadressen

FRANKFURT:
Postfach 1 67 47
6000 Frankfurt/Main 1
Tel.: 0611/72 70 54

WESTBERLIN:
Postfach 11 06 47
1000 Berlin 11
Tel.: 030/882 11 75

ABONNIERT!

SPARTAKIST

herausgegeben von der
Trotzkistischen Liga Deutschlands – Sektion
der internationalen Spartacist Tendenz

Jahresabonnement DM 8,50
Überseeabonnement (Luftpost) DM 10, –
einschließlich SPARTACIST, theoretisches
Organ der internationalen Spartacist
Tendenz (deutsche Ausgabe)

zu beziehen über:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1
Pschk. Ffm 119 88 – 601 (W. Hohmann)

Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!

Der 8. März ist der Tag der internationalen proletarischen Frauenbewegung! Seine Kampftradition geht zurück bis zum Jahre 1908 in Manhattan, als Textilarbeiterinnen gegen Kinderarbeit, für den Acht-Stunden-Tag und für das Frauenwahlrecht auf die Straße gingen. 1917 riefen die Petrograder Textilarbeiterinnen über 90 000 Arbeiterinnen und Arbeiter zu einem Streik auf, der das Ende der Zarenherrschaft signalisierte und Auftakt der russischen Revolution war.

Es war kein Zufall, daß mehrere Jahre lang der 8. März immer weniger Resonanz bei der feministisch dominierten Frauenbewegung fand, die die Arbeiterbewegung in Bausch und Bogen als unrettbar „männerberrschend“ verdammt, sich mit Surrogaten wie Kräuterkunde, Neuer Innerlichkeit und weiblicher Mystik beschäftigte und marottenhafte „Walpurgisnächte“ organisierte. Es ist aber auch kein Zufall, daß jetzt die wachsende Krise des kapitalistischen Systems, daß Arbeitslosigkeit und drohende Kriegsgefahr solchen Marotten den Boden unter den Füßen wegzuziehen beginnen. Gegen Reagan helfen keine Kräuter, und Arbeitslosigkeit ist nicht mit Innerlichkeit zu bekämpfen.

So positiv es ist, wenn kämpferische Frauen mit den obskuren Sackgassen der letzten Jahre unzufrieden werden: auf sie warten bereits – von der Sozialdemokratie und deren Peripherie im kleinbürgerlich-linken Sumpf bereitgestellt – die traditionellen Sackgassen des Reformismus: gewerkschaftliche Handwerkerlei und Pazifismus. Auf die-

sen Bahnen gibt es keinen Weg zur Frauenbefreiung!

Für eine Klassenkampfperspektive in der Gewerkschaft!

Wenn der DGB unter dem Druck seiner Basis dieses Jahr den 8. März offiziell als Feiertag begeht, knüpft er keineswegs an die revolutionären Traditionen des Internationalen Frauentages an. Statt machtvoller Demonstrationen werden die Frauen, die gegen den Krieg, gegen Lohndiskriminierung und doppelte Unterdrückung kämpfen wollen, mit Sonntagsreden und Kulturprogrammen abgespeist. In der Metalltarifrunde mobilisiert die Gewerkschaftsführung nicht für die Streichung der Lohngruppe II; stattdessen führt sie Musterprozesse für höhere Eingruppierung.

Immer wieder stoßen kämpferische Frauen auf den tief eingefleischten männlichen Chauvinismus der Gewerkschaftsbürokratie. Doch auch die männlichen Kollegen haben von dieser Gewerkschaftsbürokratie nichts zu erwarten. Weder kleinbürgerliche Abwendung vom gewerkschaftlichen Kampf noch geschlechtsspezifisch getrennte Organisation von Frauen im DGB – ohnmächtige, isolierte Frauen-pressure-groups – sind eine Antwort, sondern nur die geschlossene Aktion von Kolleginnen und Kollegen gegen die doppelte Unterdrückung der Arbeiterfrau, ihr gemeinsamer Kampf, die Bürokratie durch eine revolutionäre Klassenführung zu ersetzen. Für uns Kommunisten ist der Kampf für die Frauenbefreiung untrennbar mit dem Kampf der Emanzipation der Arbeiterklasse von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung verbunden.

Wir treten für das Recht auf Tendenzbildung in der Gewerkschaft ein, um dem Klassenkollaborationsprogramm der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung das Programm der Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom bürgerlichen Staat unter der Perspektive der Errichtung einer Arbeiterregierung entgegensetzen zu können. Kommunisten kämpfen für jede bedeutende Reform im Kapitalismus, wie die ersatzlose Streichung des §218 und kostenlose Abtreibung auf Wunsch, aber erst das Ende der bürgerlichen Gesellschaft und der Aufbau des Sozialismus werden die soziale Grundlage schaffen für die restlose Aufhebung der Frauenunterdrückung.

Nieder mit der Bundeswehr! Nieder mit der NATO!

Der 8. März 1981 steht im Zeichen des Kampfes gegen die drohende Kriegsgefahr. Washingtons Bemühungen, einen neuen Kalten Krieg gegen die Sowjetunion zu starten, haben Angste unter der westdeutschen Bevölkerung wachgerufen. Es ist allen klar, daß in einem atomaren Krieg mit der Sowjetunion Deutschland das Schlachtfeld sein würde. Im Weißen Haus sitzt jetzt ein Kriegspräsident – politisch rechts von F. J. Strauß –, der sich als der Gewählte Gottes die Befreiung der Welt von den gottlosen Russen vorgenommen hat, auch wenn dies die atomare Vernichtung des größeren Teils des

Erdballs bedeuten mag.

In Rußland wurde 1917 die bürgerliche Gesellschaft durch die proletarische Revolution zerschlagen und der kapitalistischen Ausbeutung ein Ende gesetzt. Die Oktoberrevolution eröffnete das größte Potential der Befreiung in der menschlichen Geschichte. Ansätze wurden gemacht zur Ersetzung der bürgerlichen Familie, zur vollen Einbeziehung der Frauen in das gesellschaftliche Leben. Doch die Bedingungen des grausamen Bürgerkrieges mit seiner enormen Dezimierung des Proletariats, das Ausbleiben der Revolution in anderen Staaten, besonders in Deutschland, begünstigten Stalins politische Konterrevolution, die auf gesellschaftlicher Ebene auch eine völlige Umkehr der revolutionären bolschewistischen Politik bezüglich der Frauenbefreiung, besonders durch die Wiederaufwertung der Familie, mit sich brachte.

Trotz aller bürokratischen Degeneration der Sowjetunion verteidigen wir Trotzisten die Errungenschaften des Oktobers, das verstaatlichte Eigentum, die Planwirtschaft, das staatliche Außenhandelsmonopol als einen historischen Fortschritt. Es ist die Aufgabe des Proletariats in Staaten wie der Sowjetunion und der DDR, unter einer revolutionären Führung die Staatsbürokratie durch politische Revolution zu stürzen, die Arbeiterdemokratie wieder zu errichten und so den Weg für eine sozialistische Entwicklung zu bahnen und diese Staaten wieder in den Dienst des internationalen Klassenkampfes zu stellen.

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

In Westdeutschland versucht die Sozialdemokratie die Angst der meisten Frauen vor der Kriegsgefahr in die Bahnen einer impotenten pazifistischen Bewegung zu lenken. Eines ihrer Wahlplakate in den vergangenen Bundestagswahlen war „Wir wollen nie wieder Krieg!“ betitelt und bestand aus mehreren Reihen von Frauen, die laut Bildunterschrift sagten, „Ich möchte meinen Mann nicht verlieren“. Aber trotz Wahlpropaganda und trotz Kopfschütteln gegenüber Reagans Tollwut ist die SPD/FDP-Regierung schwerlich pazifistisch. Sie verfügt über die zweitgrößte konventionelle Armee in Europa und hat gerade den Militäretat deutlich erhöht. Laut Stern befindet sich auf westdeutschem Boden die höchste Konzentration von Atomwaffen in der ganzen Welt. Und trotz der Meinungsverschiedenheiten zwischen Reagan und Schmidt ist eins klar: die Raketen und Bomber sind da und sind auf die Sowjetunion gerichtet. Die sozialdemokratische DGB-Führung wirbt für den „Frieden“. Aber wenn der ÖTV-Vorsitzende Kluncker im Januar der türkischen Militärjunta seinen Segen gab, dann sollte er lieber vom „NATO-Frieden“ sprechen.

Gegen den Krieg zu kämpfen, bedeutet gegen die eigene Bourgeoisie und gegen die Kriegstreiber des kapitalistischen Systems zu kämpfen – und gegen ihre Helfershelfer in den Reihen der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaftsbürokratie. Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Nieder mit der Bundeswehr und der NATO! Die Kampagne von „linken“ Sozialdemokraten wie Hansen oder den Jusos für Waffenbeschränkung oder die „Demokratisierung“ der Armee lenkt gerade von diesem Kampf ab.

Keinen Mann, keine Frau, keinen Pfennig für die Bundeswehr!

Die feministische Bewegung in Westdeutschland ist von den gleichen pazifistischen Illusionen ergriffen. Die Kampagne gegen die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr ist eine Falle für Frauen, die wirklich gegen den imperialistischen Krieg kämpfen wollen. Wir sind gegen jede Maßnahme der Bourgeoisie, ihr Heer zu verstärken. Unsere Forderung „Keinen Mann, keine Frau, keinen Pfennig für die Bundeswehr!“ richtet sich gegen die Existenz der Bundeswehr und der NATO überhaupt. Dieser Kampf hat nichts zu tun mit der freiwilligen Absonderung der Frauen von den Erfahrungen ihrer Klassenbrüder, die als Kanonenfutter für die Kapitalisten zur Front geschickt werden sollen. Es gilt, Revolutio-

näre unter diesen Arbeitersoldaten zu gewinnen, Kämpfer für den Sturz der Kriegsführer durch proletarische Revolution. Es gilt, dem imperialistischen Krieg durch die Revolution des Proletariats zu vorzukommen. Dreht die Gewehre um! Verwandelt den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg! – Dies war die Antwort der Bolschewiki, die zum Erfolg der russischen Antikriegsbewegung führte. Die russische Oktoberrevolution war die einzige wirklich erfolgreiche Antikriegsbewegung in der Geschichte!

Wehrdienstverweigerung, ob allgemein oder ob für Frauen insbesondere (falls sie gesetzlich bereits vom Wehrdienst erfaßt wären), ist eine Kapitulation vor der Aufgabe, die imperialistische Armee zu zerstören. Es kann keinen getrennten Kampf für Frauen gegen den imperialistischen Krieg geben. „Frauen zum Bund – nein danke“ und „Frauen in die Bundeswehr – wir sagen nein“ führen Frauen wieder ins Abseits von der Politik und bauen die reaktionäre Idee vom kampfuntauglichen schwächeren Geschlecht auf. Die CDU kann dafür gute Argumente liefern! Aber sowjetische Frauen waren tapfere Kämpferinnen sowohl gegen den weißen Terror im Bürgerkrieg nach der Oktoberrevolution wie im Krieg gegen den Hitlerfaschismus!

Internationaler Frauentag: Schluß mit der Ausländerhetze!

Kampf gegen den imperialistischen Krieg bedeutet auch Kampf gegen chauvinistische Hetze. Lange Zeit konnte Arbeitslosigkeit in Deutschland durch den massenhaften Rücktransport von ausländischen Kolleginnen und Kollegen in ihre Heimatländer verschleiert werden. Die Grenze des Rückexports billiger ausländischer Arbeitskraft ist jetzt erreicht. Die ausländischen Kolleginnen und Kollegen wie die Asylanten sollen jetzt zum Sündenbock für die kapitalistische Krise werden. Doch die DGB-Führung mobilisiert nicht für den gemeinsamen Kampf deutscher und ausländischer Arbeiter gegen chauvinistische Kampagnen, gegen Sammellager, gegen den Terror der Grauen Wölfe. Arbeiter und Arbeitslose, deutsche und ausländische Arbeiter – eine Kampffront! Volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter! Nirgendwo wie im Kampf gegen die Ausländerhetze zeigt sich so klar, daß die Losung an diesem Frauentag nicht „Frauen gegen Männer“, sondern „Klasse gegen Klasse“ heißen muß.

Iran: Nein zum Schleier!

Während die Linke zum Zeitpunkt des Sturzes des Schah-Regimes Illusionen in Chomeini und die „islamische Revolution“ förderte, haben allein die Trotzistische Liga Deutschlands (TLD) und die internationale Spartacist Tendenz (iST) von Anfang an die Frauenfrage in Iran in ihrer strategischen Bedeutung für die Alternative Sozialismus oder Barbarei erkannt und noch vor dem Sturz des Schah die Losung: „Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs! Für Arbeiterrevolution!“ ausgegeben. Die Verteidigung der rechtlosen verschleierte Frauen Irans, der unterdrückten nationalen Minderheiten und der Arbeiterklasse sind Schlüsselfragen zum Sturz dieser „islamischen Revolution“ und zur Herausbildung einer revolutionären Arbeiterpartei in Iran, die für die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung kämpft.

Sieg der Roten Armee in Afghanistan!

Der Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan war ein Test für Sozialisten und alle diejenigen, die beanspruchen, für die Frauenbefreiung zu kämpfen. Wollen sie auf der Seite der Feudalklasse stehen, die Frauen einem Stück Vieh gleichstellen, Brautpreise verteidigen und Lehrer zerstückeln, die es wagen, jungen Frauen das Schreiben und Lesen beizubringen? Oder wollen sie auf der Seite der Roten Armee Partei ergreifen, deren Sieg der feudalen bzw. vorfeudalen Versklavung der Frau ein Ende setzen wird? Die Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus,

Fortgesetzt auf Seite 11

Weg mit den deutschen H-Blocks! Freiheit für alle linken politischen Gefangenen!

24. März. Am 2. Februar traten die im Moabiter Hochsicherheitsstrakt inhaftierten Angehörigen der RAF, der Bewegung 2. Juni und die Besetzer des Amerikahauses in den Hungerstreik, der bis heute von den Angehörigen der RAF fortgesetzt wird. Die Hungerstreikenden fordern bessere Haftbedingungen, Abschaffung aller Sonder- und Hochsicherheitsstrakte und die Freilassung von Günter Sonnenberg, der mit einer schweren Kopfverletzung dem grausamen Terror deutscher Klassenjustiz ausgesetzt ist. Gabriele Rollnik schwebt – nach sieben Wochen Hungerstreik – in Lebensgefahr!

Die Forderungen der Hungerstreikenden finden kaum Unterstützung durch die linken Organisationen, die sich im Deutschland des Polizeiterrors eifrig distanzieren. Aber die Gefangenen der RAF sitzen hinter Gitter, weil sie sich gegen das kapitalistische System aufgelehnt haben – wenn auch mit der völlig verfehlten Strategie des kleinbürgerlichen Terrorismus.

- Für die volle Durchsetzung der Forderungen der Hungerstreikenden!
- Freiheit für alle linken politischen Gefangenen!

Internationaler Frauentag in Frankfurt

Frauendemonstration trotz Wallmanns Verbot!

Frankfurt. 1500 deutsche und ausländische Frauen und Linke erfuhren am Samstag früh (7. März), daß sie sich zu einer verbotenen Demonstration eingefunden hatten. Nicht nur Oberbürgermeister Wallmanns Polizei, auch Antje Arold von der AsF (Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen) rief aus dem Polizeiwagen dazu auf, auseinander und nach Hause zu gehen.

Die problemlose Illegalisierung der Demonstration „Gegen Gewalt und Krieg“ war möglich geworden, nachdem die Verantwortliche für die Demonstrationsanmeldung, niemand anders als Antje Arold, zurückgetreten war: die Polizei „befürchtete“, Unterstützer des RAF-Hungerstreiks könnten sich in die Demonstration mengen, da eine Demonstration von Knastgruppen, Angehörigen der linken Gefangenen, Frauen gegen den imperialistischen Krieg, der H-Block-Initiative und anderen, die zu einer späteren Uhrzeit hätte stattfinden sollen, verboten worden war.

Die AsF hatte sich mit ihrem Rückzieher zum Büttel von Wallmann gemacht. Viele Frauen stimmten daraufhin empört in den Chor der TLD ein: „Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!“ Auch die DKP demobilisierte die Frauen, sie rief in einem Flugblatt dazu auf, das Verbot nicht zu mißachten.

Doch die Frauen ließen sich ihre Demonstration nicht so einfach nehmen. Unter starker Beteiligung türkischer Frauen begann ein Demonstrationszug auf dem Bürgersteig, dem sich die TLD angeschlossen hatte. Dem drohenden Polizeiaufgebot rief eine mutige Türkin entgegen: „Deutsche Polizisten sind die Terroristen!“ Doch schließlich mußten die über 1000 Demonstranten ihre Transparente einrollen. Am Römer angekommen, sprach als erste Frau ein als solches nicht erkennbares Mitglied der GIM (Gruppe Internationale Marxisten) – ohne den Dolchstoß der SPD/AsF auch nur zu erwähnen. Aber Antje Arold wurde nur mit knapper Mehrheit das Recht zugestanden, sich vor der erbosten Menge zu rechtfertigen.

Der Polizeiterror gegen die Frauen war noch nicht beendet. Ihr Tagungshaus, der „Pferdestall“ im Frankfurter Westend, war von der Polizei abgeriegelt, und Besucher mußten sich Kontrollen unterziehen. Zuvor hatte die Polizei Teilnehmer der verbotenen Demonstration zur Unterstützung des Hungerstreiks der RAF trotz ihres Rückzugs brutal auseinandergedrückt und etwa 70 von ihnen verhaftet. Die Demonstranten hatten sich danach im „Pferdestall“ eingefunden, wo



Frankfurt, 7. März: Wallmann verbietet, AsF sekundiert, Frauen marschieren trotzdem. Bild: Kundgebung auf dem Römer

sie später von Antje Arold vertrieben wurden.

AsF/SPD: Verrat an Frauen

„Antje, du hast im Bullenwagen gesessen!“ rief eine Genossin der TLD später im Tagungsraum. Viele Frauen waren so aufgebracht über das Verbot der Demo und das Verhalten der AsF, daß sie verlangten, über den Ablauf des Tages zu diskutieren. Als diese Forderung abgewürgt wurde, verließ etwa die Hälfte von ihnen den Raum. Diese Frauen protestierten gegen die Verbote beider Demonstrationen durch den bürgerlichen Staat. Als eine Sackgasse wird sich jedoch die Schlußfolgerung mancher Feministinnen erweisen, die den Unterschied zwischen sozialdemokratischer Verratspolitik und revolutionärer Politik nicht sehen konnten und sich deswegen gegen alle „gemischten“ politischen Organisationen wandten.

Die TLD verteilte ihr (in dieser Ausgabe abgedrucktes) Extrablatt „Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!“ und führte zahlreiche Diskussionen, um aus den Reihen dieser Frauen, die sich trotz Polizeigewalt ihren Frauentag nicht hatten nehmen lassen, revolutionäre Kämpferinnen zu gewinnen.

Westberlin. Polizei, die in Frankfurt gegen die Frauendemonstration eingesetzt war, wurde in Westberlin von Gewerkschaftsbürokratinnen „zum Schutz“ des „Frauen-

tages im Saal“ gerufen. Polizeieinsatz sollte es der TLD unmöglich machen, ihr Extrablatt zum Frauentag zu verteilen und den *Spartakist* zu verkaufen. Doch vergeblich: über 30 Publikationen konnten wir bei etwa 150 Teilnehmerinnen an „die Frau“ bringen.

Der HBV-Frauenausschuß sowie Kolleginnen der IG Druck und Papier, IG Chemie und der ÖTV hatten zum 8. März zu einer Veranstaltung: „Frauen in der Arbeitswelt“ aufgerufen. Nach einer Beschreibung der Situation der Frauen folgte ein ohnmächtiger Aufruf gegen die männerbeherrschten Gremien.

Der männliche Chauvinismus sitzt tatsächlich tief in vielen Bürokraten. Nötig ist ein gemeinsamer Kampf von Kolleginnen und Kollegen, um die Bürokratie, die weder für Forderungen, die Frauen besonders betreffen, wie die Aufhebung der Leichtlohngruppen, noch sonst zum Kampf für Arbeiterinteressen mobilisiert, durch eine revolutionäre Klassenführung zu ersetzen. Die aufstrebenden Gewerkschaftsführerinnen boten den anwesenden Frauen aber keine Perspektive. Sie bewiesen ihre Qualifikation, indem sie die Wortmeldungen der TLD-Genossin zu unterdrücken suchten. Doch Proteste von Kolleginnen aus dem Saal ermöglichten, daß auch auf dieser Veranstaltung eine revolutionäre Perspektive zur Frauenbefreiung und zum Kampf in den Gewerkschaften gewiesen werden konnte.

Ramstein. Genossinnen und Genossen der TLD beteiligten sich an der zentralen

Demonstration beim US-Atomwaffenstützpunkt Ramstein: „Frauen gegen Krieg und Militarismus“. Der pazifistischen Demonstration für eine „Kündigung des NATO-Nachrüstungsbeschlusses“ und eine „gesamteuropäische Abrüstungskonferenz“ mit ihrem „die-in“-Spektakel und ihrer für eine Anti-Kriegs-Demonstration besonders groteske Anti-Männer-Ausrichtung („Schnipp-schnapp – Schwanz ab!“) setzte die TLD ihre Losungen: „Keinen Mann, keine Frau, keinen Pfennig für die bürgerliche Armee!“, „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ und „Nieder mit der NATO! Verteidigt die Sowjetunion!“ entgegen.

Der Antikommunismus des kleinbürgerlichen Feminismus zeigte sich, als unsere Genossen wegen des Plakates: „Afghanistan: Rote Armee gegen Schleier und Brautpreis!“ angegriffen und vorübergehend von feministischen „Mackern“ abgedrängt wurden. Wollen sie in Afghanistan etwa auf der Seite der Frauenverklavung stehen? Diese Frauen erklärten uns, sie könnten sich nicht mit unseren Plakaten „identifizieren“ und wollten nicht, daß Außenstehende die Demo für „kommunistisch“ halten. Unvereinbarkeitsbeschlüsse in einer Anti-Kriegs-Demonstration! Unser Verkauf von über 60 Publikationen – besonders rege nach dem Angriff auf unser Kontingent – zeigte allerdings, daß die Demonstration doch nicht nur von Antisowjetismus und Feminismus beherrscht war, sondern daß viele von Kriegsfurcht getriebene Frauen nach einem wirklichen Ausweg aus kapitalistischem Elend und Unterdrückung suchten. ■

Women and Revolution

Journal of the Women's Commission of the Spartacist League, U.S.A.

International Women's Day Issue

Women's Liberation through Socialist Revolution!

Page 10

From Weimar to Hitler:
Feminism and Fascism 2

The Comintern Theses on
Work Among Women 8

Abonnement (4 Nummern) DM 6,-
zu beziehen über die
Redaktionsanschrift

An unsere Leser und Unterstützer

Diese Ausgabe des *Spartakist* bedeutet einen Schritt vorwärts in der Entwicklung der einzigen trotzkistischen Zeitung in Westdeutschland. Durch eine erfolgreiche Spendenkampagne, bei der von Mitgliedern und Sympathisanten binnen Wochen knapp 20000 DM aufgebracht worden sind, wurde es möglich, eine Fotosatzmaschine für etwa 30000 DM zu kaufen und Genossen in der sorgfältigen Bedienung auszubilden. Unser Spendenauftrag richtete sich an die Genossinnen und Genossen, die durch den nunmehr fast achtjährigen Kampf des *Spartakist* und seiner Vorgängerin, der *Kommunistischen Korrespondenz*, für die Verbreitung des Trotzkismus zu Freunden und Unterstützern der Organisation geworden sind, die mit uns zusammen an Demonstrationen teilneh-

men, Flugblätter verteilen und den *Spartakist* vielleicht auch selbst verkaufen. (Mit Genugtuung nehmen wir dagegen zur Kenntnis, daß die sich sozialdemokratisierende GIM es in einem halben Jahr nicht fertiggebracht hat, im Rahmen einer öffentlichen Spendenkampagne auch nur ein Drittel des benötigten Geldes für ein neues Fotosatzgerät aufzubringen...)

Mit dieser Ausgabe richten wir revolutionäre Grüße an alle diejenigen, die zum Erfolg beigetragen und somit ein hohes Bewußtsein über den Zusammenhang zwischen technischer Qualität und politischem Inhalt unserer Zeitung bewiesen haben. Unsere Unterstützer wissen, daß der *Spartakist* häufiger erscheinen und mehr Verbreitung finden muß. Wo sonst kann man die Wahrheit lesen über die Konfron-

tation in Polen, den Westberliner S-Bahn-Streik, Chomeinis Iran, die sowjetische Intervention in Afghanistan und den Kampf in El Salvador? Und nicht einfach nur die Wahrheit, sondern harte Polemiken gegen die vorgeblichen Linken in diesem Land und international. Wo sonst findet man ein Programm zur Erringung der proletarischen Staatsmacht. Sicherlich nicht in den Zeitungen unserer allesamt zum sozialdemokratischen Lager driftenden politischen Gegner. Die westdeutsche Arbeiterbewegung braucht den *Spartakist*, und überzeugt von Eurer weiteren Unterstützung arbeiten wir an seiner weiteren Verbesserung als lebendiger und scharfer Waffe im Kampf für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei und die Wiedergeburt der Vierten Internationale.

WORKERS VANGUARD

Marxist Working-Class Biweekly
of the Spartacist League/U.S.

– DM 25, – for 24 issues – AIRMAIL
– DM 8, – for 6 introductory
issues – AIRMAIL

ORDER FROM/PAY TO:
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1
Postscheckkonto Ffm 119 88 – 601
(W. Hohmann)

Während Reagan, der sich El Salvador als Frontlinie in seinem Kalten-Kriegs-Feldzug gegen die Sowjetunion und Kuba ausgesucht hat, den Aufstand der salvadorianischen Guerillas in einer neuen mantanza (dem Massaker von 1932) ersticken will, möchten die europäischen Alliierten, unter ihnen die Sozialdemokratie, das Problem auf elegante Art und Weise lösen. Anfang März ergriff das sozial-liberale Bonner Kabinett die Initiative, um den salvadorianischen Juntachef Napoleón Duarte und den Oppositionsführer Guillermo Ungo zwecks einer „politischen Lösung“ auf westdeutschem Boden an einen Tisch zu bringen – nicht gerade die Politik der amerikanischen Regierung, für die die Aufständischen nichts als ein Haufen von Terroristen im Solde Moskaus sind. Und am 1. März forderte der Iberoamerika-Ausschuß der Sozialistischen Internationale (SI) auf seiner Tagung in Panama, wo er zuvor seine „Solidarität mit der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR)“ bekräftigt hatte, den SI-Vorsitzenden Willy Brandt auf, sich in den USA für eine friedliche Lösung des Konflikts einzusetzen.

Nach Afghanistan ist jetzt El Salvador zum Konfliktstoff zwischen den Vereinigten Staaten und ihren europäischen Verbündeten geworden. Letztere, insbesondere die Sozialdemokraten, halten es schlicht für absurd, „hinter jedem Busch einen Kubaner oder Kommunisten“ zu sehen, wie Pierre Schori, der internationale Sekretär der schwedischen Sozialdemokratie, es ausdrückte (*Frankfurter Rundschau* (FR), 20. Februar). Tatsächlich haben die europäischen Sozialdemokraten nicht nur eine andere Einschätzung der Lage in Zentralamerika, sie führen seit etwa einem halben Jahrzehnt ihre eigene Operation im lateinamerikanischen Subkontinent durch, so daß sie in Washington als „Wegbereiter“ des subversiven Kommunismus angesehen werden.

Um die Willy Brandts und Olof Palmes auf Linie zu bringen, empfahl das konservative amerikanische Hudson-Institut (als „Think tank“ der Regierung) im Oktober letzten Jahres dem US-Außenministerium in einem Memorandum, eine Delegation „gläubwürdiger, gutinformierter Personen“ nach Europa zu senden. Zu diesen gläubwürdigen Personen, die die europäische Sozialdemokratie von dem „politischen Fortschritt und der Agrarreform in El Salvador“ (dort als „Reform des Todes“ bekannt) überzeugen sollten, zählte ausgerechnet ein gewisser Roy Prosterman, der sich schon als Architekt des berühmten „Phoenix-Programms“ in Vietnam (40 000 „befriedete“, das heißt ermordete Bauern) einen Namen gemacht hatte!

Im Februar dann entsandte Reagan seinen Sonderbeauftragten Lawrence Eagleburger nach Europa, der, ausgerüstet mit einem dubiosen „Weißbuch“, den Verbündeten weismachen sollte, daß die Sowjetunion und Kuba die salvadorianischen Guerillas massiv mit Waffen beliefern würden (täten sie es doch!) und die wahren Urheber des Aufstandes seien. Die Antworten in Den Haag, Paris, Bonn usw. fielen nicht sehr begeistert aus. Die Bonner Regierung nahm Eagleburgers Darlegungen lediglich „zur Kenntnis“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), 21. Februar). Einen Tag vor Eagleburgers zweiter Visite in Bonn warnte der sozialdemokratische Bundesminister Rainer Offergeld öffentlich die USA vor der „schweren Fehleinschätzung“, daß der Bürgerkrieg in El Salvador „ein Machwerk der Kommunisten ist“ (FR, 20. Februar). Zuvor hatte die Bundesregierung ihren Botschafter aus der Kaffeebohnen-Republik abberufen, durch einen Geschäftsträger ersetzt und bereits Ende letzten Jahres für El Salvador bestimmte Kredite storniert. Aber der Affront gegen Reagan geht noch weiter. So empfingen die SPD-Politiker Wischniewski und von Dohnanyi zwei Tage vor der 20 000 Mann starken El-Salvador-Demonstration in Frankfurt (an der der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt teilnahm) die FDR-Kommandantin Ana Gualdelupe Martínez und einen Vertreter der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN). Die FAZ (2. Februar) bemerkte dazu: „Die Art ihres Empfangs in Bonn deuteten die beiden Aufständischen als offizielle Anerkennung der politischen Opposition ihres Landes.“ Bereits am 15. Januar hatte sich Wischniewski als stellvertretender SPD-Vorsitzender im Sozialdemokratischen Pressedienst offen für die Unterstützung der

El Salvador, Nicaragua:

Sozialdemokratie in Uncle Sams „Hinterhof“



Brandt und Schmidt: Feinde der lateinamerikanischen Revolution

FDR (angeführt von Ungo, gleichzeitig einer der Vizepräsidenten der SI) ausgesprochen. Am 5. Februar erklärte er in einer Auseinandersetzung mit der CDU, das Programm der FDR (die in Reagans Augen lediglich eine Art größerer „Baader-Meinhof-Bande“ auf zentralamerikanischem Boden darstellt) „scheint der SPD eine Grundlage dafür zu sein, daß das Land zum Frieden zurückfinden kann“ (FAZ, 6. Februar). Es ist ein offenes Geheimnis, daß die SPD über die Sozialistische Internationale den salvadorianischen Aufständischen massive Geldsummen hat zukommen lassen, die diese wiederum in Maschinenpistolen und Panzerfäusten anlegen. Und zur gleichen Zeit, wo Reagan die von Carter bewilligte Finanzhilfe für Nicaragua stornierte, erklärte das sozial-liberale Bonner Kabinett, das der „Revolutionären Regierung“ in Managua seit dem Sturz Somozas bereits mehr als 97 Millionen Mark hat zukommen lassen, Nicaragua weiterhin unterstützen zu wollen. Den schlechten Beziehungen zwischen Bonn und Washington, bemerkt zähneknirschend die *Business Week* (12. Januar), „wird durch die Hilfe, die linken Aufständischen in Zentralamerika durch Kanzler Schmidts Sozialisten zuteil wird, nicht geholfen werden.“

Die SPD und ihre europäischen Schwesterparteien haben gute Gründe für ihre Lateinamerikastrategie. Sie meinen, daß Reagans Kanonenbootpolitik nur bedeutet, Öl ins Feuer zu gießen. Die Sozialdemokratie möchte die potentiell revolutionäre Situation in einen reformistischen Rahmen kanalisieren. „Es wäre unentschuldig, nicht alle Möglichkeiten auszunutzen, die laufende Tragödie“ (in El Salvador) „zu einem Ende zu bringen, denn je länger die Friedensbemühungen hinausgeschoben werden, desto blutiger und radikaler wird die Lösung letztlich sein“ (Pierre Schori, *New York Times*, 28. Februar).

Aber angesichts von Reagans propagandistischem Sperrfeuer und seiner drohenden Haltung gegenüber seinen widerborstigen Alliierten hat nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die SPD kalte Füße bekom-

men. So erklärte Willy Brandt Mitte Februar in einem Zeitungsinterview: „Wir sind ja nicht Missionare in den Vorhöfen der Vereinigten Staaten... Wir sind keine Konspirateure, wir können aber auch Leute nicht einfach allein stehen lassen, wenn sie Anlehnung und Rat suchen.“ (FAZ, 18. Februar) Trotz ihrer Bauchschmerzen und Sorge um die Entspannungspolitik – eine offene Konfrontation mit Reagan über Zentralamerika kann sich die Sozialdemokratie nicht leisten. Westberlin (unter dem Schutz von US-Truppen) ist wichtiger als (sozialdemokratische Einmischung in) El Salvador.

Caracas 1976: Sozialdemokratie steigt ins Lateinamerika-Geschäft ein

Seit etwa Mitte der siebziger Jahre beginnt die europäische, vor allem die deutsche Sozialdemokratie, in Lateinamerika eine größere Rolle zu spielen. Dafür ist eine Reihe von Gründen ausschlaggebend: Die Erkenntnis, daß die USA mit der von ihnen initiierten Politik der „Allianz für den Fortschritt“ nicht fähig waren, die Lage auf dem Subkontinent zu stabilisieren, die mangelnde Attraktivität der vehement antikommunistischen US-Gewerkschaft AFL/CIO, die in enger Zusammenarbeit mit dem CIA gelbe Gewerkschaften aufzubauen suchte – so daß die Sozialdemokratie sich bemühte, praktisch in Arbeitsteilung mit dem US-Imperialismus eine stabilisierende Rolle zu übernehmen.

Maßgeblich für das verstärkte Auftreten der SPD in Lateinamerika dürfte die chilenische Erfahrung gewesen sein – sie blieb im wesentlichen draußen vor der Tür, ohne Möglichkeiten zur Einflußnahme. Zwar war die Radikale Partei, die in Allendes Volksfrontregierung die Rolle des bürgerlichen Wachhunds spielte, Mitglied der SI, nicht aber die Sozialistische Partei, die die SI als zu konservativ und den Gegebenheiten des lateinamerikanischen „radikalen“ Reformismus nicht entsprechend erachtete.

1976 gründete die SI unter Beteiligung der SPD ein Chile-Komitee, das im Sommer des gleichen Jahres ein erstes Tête-à-tête zwischen europäischen Sozialdemokraten und einem Sammelsurium „linker“ lateinamerikanischer Parteien organisierte, die Konferenz von Caracas. Ziel der Konferenz war es, einen Anfang zu machen in dem Bestreben, jedermann unter die Fittiche der SI zu kriegen, der in Lateinamerika dafür zu haben war. In ihrer Abschlußresolution bekräftigte sie „die Ablehnung... jeder Diktatur von links oder rechts: des Imperialismus unter welchen Vorzeichen auch immer“, kurz, es war die erste größere sozialdemokratische Initiative, um in Lateinamerika einem ominösen „dritten Weg“ den Boden zu bereiten. *Die Neue Gesellschaft* (Nr. 2, Februar 1979), das theoretische Organ der SPD, vermerkt dazu im Rückblick: „Die lateinamerikanischen Reformparteien sind in den letzten Jahren offensichtlich aufgeschlossener geworden... Dabei mag die Rolle der europäischen Sozialdemokratie bei den Demokratisierungsprozessen in Portugal und Spanien ein wichtiges auslösendes Element gewesen sein.“ In der Tat, vor allem in Portugal hat die SPD entscheidend dazu beigetragen, einer potentiell revolutionären Situation die Spitze abzubrechen!

Ein halbes Jahr nach der Konferenz von Caracas ließ Willy Brandt sich zum Vorsitzenden der SI kürzen, „unter der Bedingung“, daß „aus der Internationale eine schlagkräftige Bewegung werde“ (*Der Spiegel*, 6. Juni 1977).

Heute ist die SI ein Konglomerat von „linken“ Organisationen, die außer den europäischen bürgerlichen Arbeiterparteien in Lateinamerika fast ausschließlich bürgerlich-populistische und kleinbürgerliche Parteien (Vollmitglieder oder assoziiert) umfaßt, von der venezolanischen Acción Democrática, der peruanischen Alianza Popular Revolucionaria Americana (APRA), Manleys jamaicanischer People's National Party (PNP) bis zu Ungos „sozialdemokratischem“ Movimiento Nacional Revolucionario (MNR) in El Salvador und der sandinistischen Frente

Sandinista de Liberación Nacional (FSLN). Auf ihrem Kongreß in Vancouver 1978 gelang es der SI erstmals, Mitglieder der chilenischen Partido Socialista, unter ihnen den ehemaligen Allende-Minister Pedro Vuscovich, für sich zu gewinnen.

Friedrich-Ebert-Stiftung: „außenpolitische Feuerwehr der SPD“

Das zentrale Instrument der deutschen Sozialdemokratie jedoch für ihre tagtägliche Arbeit in Lateinamerika ist die parteieigene Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), die aus guten Gründen das Licht der Öffentlichkeit scheut. „... Ebert-Leute halten sich gern so bedeckt wie Geheimdienstler“, schreibt der *Spiegel* (16. April 1979) in einem Report über die Stiftung. Vorsitzender ist nicht zufällig Alfred Nau, der zuvor 30 Jahre lang Schatzmeister der SPD war: die „gesellschaftspolitische Entwicklungshilfe“ der FES besteht im wesentlichen im Verteilen dicker DM-Schecks. Sich die Worte des damaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Hans Matthöfer zu eigen machend („Es gibt in Lateinamerika keine demokratischen sozialistischen Reformparteien, die Aussichten hätten, ohne Hilfe von außen die erforderlichen Strukturreformen auf friedlichem Wege durchzusetzen“, *FR*, 11. Juni 1969, Hervorhebung von uns), berät, finanziert, baut sie Gewerkschaften und Parteien auf und schult zukünftige Führungskader. So half sie dem Oppositionsführer Guzmán 1978 bei den Wahlen in der Dominikanischen Republik und organisierte 1979 den Wahlkampf für den „sozialistischen“ Präsidentschaftskandidaten Luis Ordaz in Venezuela. In einer Reihe von Ländern waren und sind FES-Vertreter als regelrechte Regierungsberater tätig. Rainer Offergeld kommentiert die Arbeit der „Stiftung“: „Die machen eine Menge, was wir als Regierung nicht machen können“ (*Der Spiegel*, 16. April 1979).

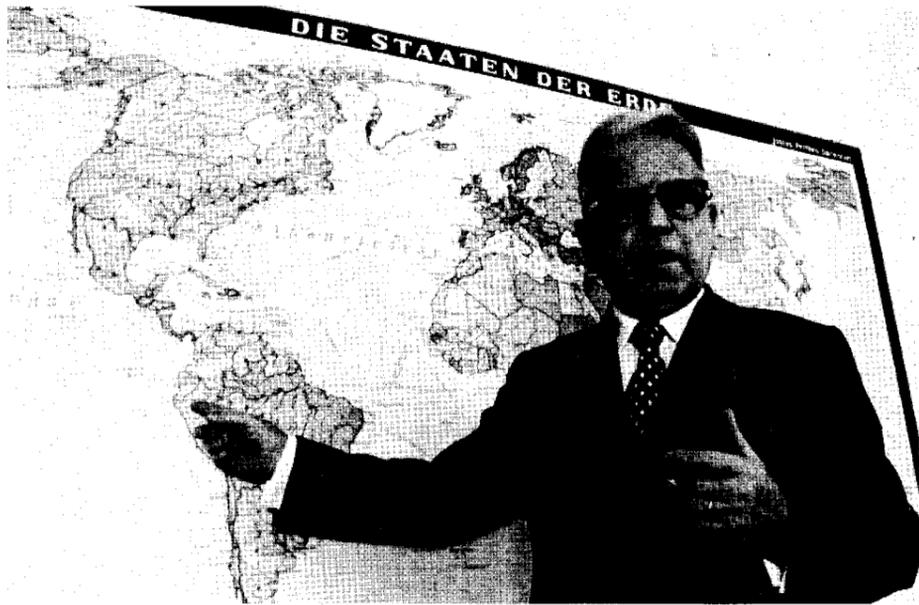
Das klassische Beispiel für die reformistisch-konterrevolutionäre Arbeit der FES ist freilich Portugal. Nicht nur die Gründung der portugiesischen Sozialistischen Partei 1973 „in Münster-Eifel, in einer Schule der Friedrich-Ebert-Stiftung“ (Mitgliedsbuchaufdruck) ist dem großen deutschen Bruder zu verdanken. Als es 1975 zu einer massiven antikommunistischen Mobilisierung (einschließlich Brandschatzung von Büros der Kommunistischen Partei) unter der Führung von Mário Soares' PS kam, sorgte die Friedrich-Ebert-Stiftung für die Finanzierung. Damals leitete die FES sogar CIA-Gelder an die portugiesische Sozialistische Partei weiter. FES-Vorsitzender Alfred Nau im Rückblick: „Wenn wir in Portugal nicht eingestiegen wären, wäre die Flanke verloren gewesen“ (*Der Spiegel*, 16. April 1979).

Sozialistische Internationale: „Mit Kuba leben“

Im März 1980 fand in Santo Domingo die erste offizielle Konferenz der SI auf lateinamerikanischem Boden statt – symbolisch für die sozialdemokratische Einmischung im „Hinterhof“ der USA. Und die Zweite Internationale weiß sehr genau, was sie dort tut und wen sie herausfordert. „Die erste massive Präsenz der SI in Lateinamerika“, schreibt Pierre Schori im SI-Organ *Socialist Affairs* („Central American Dilemma“, Nr. 1/1981), „erweckte ... Interesse im State Department, wo man offensichtlich erkannte, daß ein neuer Protagonist in Uncle Sams Hinterhof gegenwärtig war, ein Protagonist, der nicht einfach des Prokommunismus oder völliger Verantwortungslosigkeit beschuldigt werden kann, und einer, um das Maß voll zu machen, der Erklärungen annahm, die im diametralen Gegensatz zur offiziellen amerikanischen Außenpolitik in Gebieten von solch zentraler Bedeutung für Washington wie Zentralamerika stehen“.

Schori spricht von einer Änderung, die die europäische Sozialdemokratie in ihrer Lateinamerikapolitik habe durchführen müssen, um auf dem Subkontinent ein entscheidender politischer Faktor werden zu können:

„Viele Reformisten sind durch die Umstände gezwungen worden, in ihren Be-



Friedrich-Ebert-Stiftung-Vorsitzender Alfred Nau: konterrevolutionäre Machenschaften in Lateinamerika

mühungen revolutionäre Methoden anzuwenden. Im Reformismus ist eine Revolution eingetreten. Aber diese Änderung ist durch Reformismus in der revolutionären Bewegung begleitet worden, nicht zuletzt im kubanischen Denken.“

Als Reagan im Februar unter dem Vorwand angeblicher Waffenlieferungen an die Aufständischen in El Salvador Havanna mit einer Blockade drohte, war das für europäische Sozialdemokraten nur Anlaß zu (ängstlichem) Kopfschütteln. Während Schori in seinem bereits erwähnten Aufsatz den zu plumpen Antikommunismus der USA abkanzelt, lobt er Castro über den grünen Klee: „... Castro ist mit den Realitäten der achtziger Jahre ins Reine gekommen ... es ist kein Zufall, daß Kuba, während es zur Entsendung von zehntausenden Soldaten nach Afrika in der Lage war, es nicht vormöchte, auch nur soviel wie einen Revolver nach Nicaragua zu schicken.“ Die europäische Sozialdemokratie hat nicht nur eine nüchterne Einschätzung Kubas als bürokratischen Statthalter der Sowjetunion in der Karibik. Sie hat auch ein ureigenes Interesse an einer fortdauernden Détente mit dem Sowjetblock. Wohl wissend, daß ein Nuklearkrieg zwischen USA und UdSSR auf mitteleuropäischem Boden ausgefochten würde, setzt sie bis auf weiteres auf die „ökonomische Unterminierung der proletarischen Eigentumsverhältnisse in Osteuropa. Zudem ist der Osthandel, vor allem für das westdeutsche Kapital, ein äußerst profitables Geschäft. Mit Kuba, daß seine Guerillero-Aura längst abgestreift hat, läßt's sich da noch eine Weile leben.“

SPD sorgt sich um „verbesserte Investitionsbedingungen“ des deutschen Kapitals

Lateinamerika gilt gemeinhin als Domäne von ITT und United Fruit – ist es aber nicht ausschließlich. Lateinamerika ist zum Knotenpunkt ökonomischer Rivalitäten zwischen nordamerikanischen Konzernen und europäischen/deutschen Unternehmen geworden: „Insbesondere die Bemühungen der ‚Latinos‘, die wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA zu mindern, schaffen ein günstiges Investitionsklima für deutsche Firmen ...“ (*Nachrichten für den Außenhandel*, 13. Februar 1978). Während El Salvador die Bundesrepublik nur mit Kaffeebohnen versorgt, steht anderswo mehr auf dem Spiel. Von der Kraftwerksunion (die zum Ärger der USA umfangreiche AKW-Geschäfte mit Argentinien und Brasilien tätigt), den Elektrokonzernen Siemens und AEG bis zu VW und Mercedes Benz in Brasilien sind sie alle mit von der Partie. Im *Handbuch der deutschen Außenpolitik* (München, 1975) heißt es: „Lateinamerika nimmt als Investitionsraum unter allen Entwicklungsregionen für (deutsche) Privatunternehmer ... den ersten Platz ein.“

Als eine ihrer wichtigsten Aufgaben in Lateinamerika sieht die SPD die Förderung des Handels mit der BRD und die Schaffung „verbesserter Investitionsbedingungen“ (Offergeld auf dem Ibero-Amerika-Tag 1978) an.

Die Hauptauseinandersetzung zwischen Bonn und Washington geht jedoch gegen-

wärtig nicht darum, daß deutsche Kapitalisten amerikanischen Unternehmen in Brasilien, Mexiko oder Argentinien den Profit streitig machen.

Zweite Internationale in Zentralamerika: Volksfrontpolitik gegen proletarische Revolution

Reagan macht Zentralamerika zur Frontlinie im Kampf gegen die Sowjetunion, und Brandts „Internationale“ versucht ihm ins Handwerk zu pfuschen. Es ist nicht nur die Unterstützung und weltweite Sympathiewerbung für die FDR-Guerillas in El Salvador durch die SPD, die Reagan in Harnisch versetzt. Die SI betreibt das gleiche Spiel in Nicaragua. Die Bonner Regierung hat der „Revolutionsregierung“ nicht nur bisher fast 100 Millionen Mark zukommen lassen, die Sozialdemokratie hat die Sandinistas auch vor dem Sturz der US-Marionette Somoza materiell unterstützt. Nur Tage nach dem Sieg der Sandinistas sandte die SI eine Delegation unter Führung des portugiesischen PS-Führers Mário Soares nach Nicaragua, um „bedingungslos politische und materielle Solidarität mit der nicaraguanischen Revolution“ anzubieten. Anfang März 1980 lud die FES über 40 politische Parteien zu einer „Solidaritätskonferenz“ nach Managua ein, und im November letzten Jahres gründete die SI auf ihrem Madrider Kongreß ein „Internationales Komitee zur Verteidigung der nicaraguanischen Revolution“ – mit solchen prominenten Mitgliedern wie Willy Brandt, Felipe Gonzalez, Bruno Kreisky, Olof Palme und Mário Soares.

Hat die Sozialdemokratie in Zentralamerika auf einmal ihr Herz für die Interessen der Arbeiter- und Bauernmassen entdeckt? Spricht sie doch von der „Verteidigung der nicaraguanischen Revolution“, ist für sie selbst „das Wort Klassenkampf ... in El Salvador ... angebracht“ (Karl-Ludolf Hübener, Chefredakteur des sozialdemokratisch kontrollierten Sammlungsorgans *Nueva Sociedad* in einem Artikel in der *Neuen Gesellschaft* Nr. 1/Januar 1981). Humbug, Rhetorik. Die Zweite Internationale wirft ihr Gewicht, ihr Geld und ihren Einfluß in die Waagschale, um eine wirkliche proletarische Revolution

zu verhindern, unterstützt etwa in El Salvador Kräfte, die die Herrschaft der Kaffeebarone lediglich reformieren, aber nicht beseitigen wollen:

„Von unserem europäischen Standpunkt aus sind wir gefragt worden, ob man sich auf das Abkommen, daß von der radikalen Linken mit den Zivilisten in der FDR geschlossen wurde, verlassen kann. Werden sie zum Beispiel ihre Streitkräfte nach einem möglichen militärischen Sieg unter die Autorität der Regierung stellen und den Pluralismus, die gemischte Wirtschaft und alle anderen gemeinsamen Züge des gemeinsamen Programms akzeptieren? ... Die Antworten, die wir aus Lateinamerika erhalten haben, sind einhellig. Unsere Parteigenossen und andere Zivilisten innerhalb der FDR, mit denen wir gesprochen haben, vertrauen ihren Verbündeten. Die Guerilla-Vertreter ihrerseits versichern uns, daß sie ihre Verpflichtungen buchstabengetreu einhalten werden.“ (Pierre Schori, *Socialist Affairs* Nr. 1/1981)

Nicaragua und El Salvador zeigen deutlich, daß die Unterstützung der Sozialdemokratie für die Aufständischen nur dazu dient, die wirkliche Befreiung der lateinamerikanischen Massen durch die proletarische Revolution zu blockieren.

El Salvador: Westdeutsche Linke im Troß der Sozialdemokratie

Als am 31. Januar 20 000 Demonstranten in Frankfurts Straßen in Solidarität mit der salvadorianischen FDR/FMLN marschierten und forderten: „USA, Hände weg von El Salvador!“, spiegelte das nicht einfach ein Wiederaufleben der Neuen Linken wider. Eine derart massive Mobilisierung war möglich, weil sie sich im Sog der sozialdemokratischen Politik gegenüber Reagans El-Salvador-Intervention bewegte. Nicht nur war Karsten Voigt als Hauptsprecher eingeladen; der Demonstrationsaufruf machte deutlich, daß man sich als Pressure group gegenüber der sozial-liberalen Bundesregierung versteht, die wiederum die Reagan-Administration unter Druck setzen soll: „Wir fordern die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf, bei ihrem NATO-Partner USA deutlich zu machen, daß die fortgesetzte Einmischung in die inneren Verhältnisse in El Salvador in der Bundesrepublik mißbilligt und scharf verurteilt wird.“

Wie würde denn eine „erfolgreiche“ sozialdemokratische Politik in Zentralamerika aussehen? Die SPD könnte in El Salvador nur einer bürgerlichen Volksfront-Junta zur Macht verhelfen, die nichts anderes sein würde als eine Neuauflage von Carters „Menschenrechts“-Junta von 1979, ein Regime, das die blutigste Terrorwelle seit dem Massaker von 1932 in Gang gesetzt hat – für einen parlamentarischen Mittelweg wie in Europa gibt es in Zentralamerika keinen Platz. Schmidt und Brandt sind nicht minder Feinde der zentralamerikanischen Revolution als Reagan und Haig, nur ihre Mittel sind verschieden. Es ist besonders passend, daß die Friedrich-Ebert-Stiftung nach jenem Mann benannt ist, der 1918 gesagt hat: „Ich hasse die Revolution wie die Pest!“ Zentralamerika und der ganze lateinamerikanische Kontinent muß durch die Revolution der Arbeiter und Bauern in Flammen gesetzt werden: Das ist der Weg der Befreiung! ■

die Tageszeitung

Spendenaktion

„Waffen für El Salvador“

Postscheck Berlin/West
288 59 - 107
Sonderkonto
Bankleitzahl 100 100 10
Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65

Bisher sind
1.512.286,73 DM
eingegangen.

Westdeutsche Linke sammelt Geld für FDR (taz-Spendenaufwurf, links), gleichzeitig fordert sie ein diplomatisches Eingreifen der imperialistischen Bundesregierung (rechts: taz, 16. Februar). Gewehre für die Sozialdemokratie?

El Salvador...

Fortsetzung von Seite 1

ness Week vom 2. Februar. Da heißt es:

„Die kürzliche Ankunft von Nordkoreanern (angeblich, um den salvadorianischen Guerillas zu helfen) wurde entdeckt, als vier von ihnen bei einem Verkehrsunfall in Nicaragua Anfang Januar ums Leben kamen. Ebenso hat Buenos Aires eine große Anzahl von Montoneros, linke Guerillas aus Argentinien, identifiziert. Es wurde berichtet, daß in Amerika hergestellte 105-Millimeter-Haubitzen, die die Nordvietnamesen 1975 erbeutet hatten, von einem libyschen Schiff geliefert worden sind, das die Palästinensische Befreiungsorganisation gehärtet hat, um sie von Saigon abzuholen.“

Uff! Meine erste Reaktion ist die Frage: „Welche Rolle spielt Carlos bei all dem?“ Und wie steht's mit der Baader-Meinhof-Bande?! Als proletarische Revolutionäre haben wir jedoch mehr zu sagen, als nur Zeitungsenten zu rupfen. Die Wahrheit ist, daß es unglücklicherweise keine effektive sowjetische Hilfe für die Aufständischen in El Salvador gibt. Denn wenn es sie gäbe, wären im letzten Jahr nicht 12 000 Menschen durch die rechten Todeskommandos und die Armee der Junta gestorben. Das ist der Beweis. Hoffentlich gibt es dort einige Waffen aus Kuba und der Sowjetunion. Aber die Wahrheit ist die, daß es keinen angemessenen Schutz für die Massen gibt, die blutrünstigen Diktatoren gegenüberstehen. Und der sowjetische Botschafter in den USA steht auf und beteuert: „Wir sind unschuldig.“ Leider sagte er die Wahrheit. Wenn er lügen, betrügen und stehlen würde, um die Sache der Weltrevolution voranzubringen, würden wir uns wesentlich besser fühlen. Aber dem ist nicht so.

Was wir nunmehr erleben, ist der Versuch der führenden kapitalistischen Weltmacht, ihren Anspruch auf globale Hegemonie wieder geltend zu machen, nachdem sie in Indochina schwer angeschlagen worden war. Der Zerfallsprozeß der verschiedenen Diktaturen in der Region ist eng verknüpft mit der relativen Schwäche des US-Imperialismus nach Vietnam. Dann kam Jimmy Carters „Menschenrechts“-Kreuzzug, der in Lateinamerika im Grunde eine vorübergehende Phase bürgerlicher Heuchelei war. Aber wir haben vom ersten Tag an betont, daß er sich in Wirklichkeit gegen die Sowjetunion richtete. In anderen Worten: es war imperialistische moralische Aufrüstung in Vorbereitung auf einen Krieg. Und es ging nicht nur um einen Kalten Krieg, sondern es würde ein heißer Krieg werden. Und Reagan hat entschieden, daß der heiße Krieg dort beginnt. Zentralamerika steht stellvertretend für den Persischen Golf oder Berlin oder ... Polen zum Beispiel. An dieses Land denkt man in Washington ganz besonders. Und indem sie den „Trennstich gegen den Kommunismus“ in El Salvador ziehen, betreiben sie tatsächlich, in der Phraseologie von Foster Dulles, das „Roll-Back“ gegen die historischen Errungenschaften der russischen proletarischen Revolution.

Zweitens, wie wir in der letzten Ausgabe von *Workers Vanguard* schrieben, versuchen die Herrschenden der USA nicht, in der Region „Stabilität“ oder etwas Ähnliches zu erreichen. Die einzige Lösung, die sie für die zentralamerikanische Linke im Sinn haben, ist die „Endlösung“. Reagan ist verrückt nach einem Kampf; er will, daß das Blut in Strömen fließt. Und da die mächtigste imperialistische Macht unserer Epoche es will, wird das Blut fließen. Das ist eine Tatsache. Wozu also all dieses Gerede über eine politische Lösung? Die lateinamerikanischen populistischen Regime wie Mexico und europäische Sozialdemokraten reden darüber. Das ist doch blauer Dunst. Sie sollten besser das Entspannungs-Hasch aus ihren Pfeifen nehmen; hier geht es um eine ernste Sache. Aber der gleiche gefährliche Utopismus kommt von den künftigen Opfern, von der Sandinista-Führung in Nicaragua und von Sprechern der salvadorianischen Linken. Sie sollten aus der Abfuhr der USA einige Schlüsse ziehen: *Reagan hält zu seinen Schlächtern.*

Die salvadorianische Junta kriegt dieses Mal keinen „Menschenrechts“-Klaps auf die Hand. Und der Grund liegt darin, daß es hier

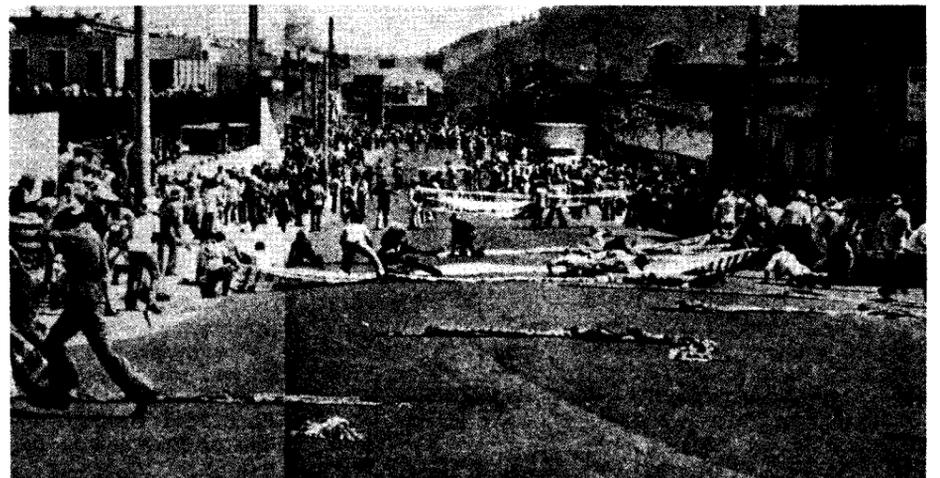
um eine Klassenschlacht im internationalen Maßstab geht. Und deshalb sind die einzigen vernünftigen Antworten Klassenantworten – das Programm und die Perspektive der proletarischen Revolution. Darum sagen wir, was viele Linke zunächst für verrückt hielten: „Die Verteidigung von Kuba und der Sowjetunion beginnt in El Salvador!“ Und, Genossen, die Ereignisse der letzten Woche haben diese Warnung drastisch bestätigt. Zum Beispiel klagte ein liberaler Kongreßabgeordneter, es gebe eine Rückkehr zur „Kanonenboot-Diplomatie“ – wie recht er doch hat. Letzten Dienstag berichtete der spanische Rundfunk, es gebe gegenwärtig über 40 amerikanische Schiffe in der Karibik, die versuchen, Waffentransporte nach Nicaragua und zu den Aufständischen von El Salvador zu stoppen. Die Liberalen haben Angst, in ein „neues Vietnam“ hineingezogen zu werden; Reagans Antwort ist, daß er das Problem an seiner „Wurzel“ packen will, und die sieht er in Kuba und der UdSSR. Natürlich ist das Unsinn, aber es ist US-Politik. Washington erklärt nun Moskau, daß SALT vom Sieg der Junta in El Salvador abhängt. Havanna bekommt zu hören, daß es sich auf eine Seeblockade gefaßt machen müsse, wenn die Waffentransporte an die salvadorianische Linke nicht aufhörten. Und was dann? Erinnerung euch, was der sowjetische Diplomat sagte, der den russischen Rückzug in der Raketenkrise vom Oktober 1962 aushandelte. Er sagte: „Wir werden das nie wieder zulassen.“ Und der Kreml meinte das so.

Wenn es hart auf hart kommt, paralisieren klassenkollaborationistische Bündnisse und die entsprechende Politik der vorgeblich linken und revolutionären Kräfte alle wirksamen Aktionen der Arbeiterorganisationen, weil sie versuchen, die fundamentalen Widersprüche zu umgehen. Wir Marxisten haben dagegen immer darauf bestanden, daß in der Politik, wenn alles gesagt und getan ist, nur noch die Klassentrennung existiert: man steht auf der einen oder der anderen Seite der Streikpostenkette. In einem Bürgerkrieg steht man entweder auf der einen oder auf der anderen Seite oder, wenn es keinen qualitativen Unterschied vom Standpunkt des Proletariats gibt, stellt man sich auf revolutionäre Weise gegen beide Seiten. Aber die Reformisten versuchen, diese Unterscheidung zu kaschieren. Ich möchte hier einmal die Frage stellen, was geschieht, wenn es eine neue Kuba-Krise gibt – wo werden all die Liberalen dann stehen, die heute sagen „Laßt das Volk von El Salvador entscheiden“, und wo werden die Koalitionen, die auf dieser Politik aufgebaut sind, dann stehen? Der Klassenfrage kann man nicht entkommen.

Reagan hat also El Salvador und Zentralamerika als die Achse gewählt, um die er seinen Kalten Krieg anheizt. Und im Zentrum des politischen Kampfes wird die Frage der Sowjetunion und der degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten stehen. Als Trotzlisten beziehen wir da Seite. Wir kritisieren die Entspannungsideologien eines Breschnjew oder eines Castro – nebenbei, Castro unterstützte im letzten November Carter gegen Reagan, aber wer legt denn den Grundstein für das, was in El Salvador passiert, wenn nicht Carter? Wir rufen auf zum Sturz der stalinistischen Kaste, die die Fundamente der proletarischen Herrschaft dadurch schwächt, daß sie versucht, den Imperialismus zu beschwichtigen. Und das ist Teil unseres umfassenden politischen Programms zur bedingungslosen Verteidigung und Ausdehnung der Errungenschaften der Oktoberrevolution. Daher lauten die Schlüsselwörter, um das Proletariat auf seine Aufgaben vorzubereiten: „Verteidigung von Kuba und der UdSSR“. Genug von diesem Geschwätz über eine „politische Lösung“ mit der blutigen Junta: „Militärischer Sieg für die linken Aufständischen in El Salvador!“ und „Brecht mit der Bourgeoisie!“ In Nicaragua gibt es keinen Mittelweg, der einzige Ausweg lautet „Enteignet die Bourgeoisie!“ und „Setzt Zentralamerika in Flammen durch die Arbeiterrevolution!“

El Salvador 1932

Wie sieht nun die Geschichte El Salvadors aus, seit es vor 160 Jahren seine Unabhängigkeit von Spanien errungen hat? Zunächst einmal ist El Salvador keine Bananenrepublik, sondern eine Kaffeerepublik. Seit dem späten



(Oben) 22. Januar 1980: 200 000 demonstrieren in San Salvador, um des Aufstandes von 1932 zu gedenken. (Unten) Das blutige Nachspiel: Junta-Scharfschützen ermorden 200, verwunden 300 Demonstranten

19. Jahrhundert war Hauptexportartikel diese kleine grüne Bohne, die sich für die Kaffeebarone in pures Gold verwandelt. Aber vor allem ist es das Paradebeispiel für ein Land, das von einer Oligarchie regiert wird. Die herrschende Klasse besteht aus einer sehr kleinen Anzahl von Familien – die größte ist die der Hills, eine andere die der Alvarez. Das sind Familiendynastien, die alles kontrollieren. Sie sind die Landeigentümer, die Generale, Bischöfe, Präsidenten usw. In El Salvador nennt man diese Oligarchie die 14 Familien. Vor kurzem hat das jemand überprüft und festgestellt, daß es 60 sind. Aber das macht wirklich keinen Unterschied ...

Es ist eine mörderische Gesellschaft mit vielen halbfeudalen Zügen. Aber nur halbfeudal, denn das Land produziert seit mindestens einem Jahrhundert für den Weltmarkt. In so einer Situation existieren tiefgreifende demokratische Bedürfnisse. Man will diese Schlächter loswerden, nicht wahr? Warum sollen 14 oder 60 Familien die Herren über alle spielen? Dann die Forderung nach Land für die, die es bebauen. Und für nationale Befreiung von imperialistischer Oberlehnsherrschaft, die von den USA sowohl direkt als auch durch lokale Mittelsmänner ausgeübt wird. In Lateinamerika sind heute bürgerlich-demokratische Forderungen eine brennende revolutionäre Angelegenheit. Aber wir Trotzlisten ziehen daraus nicht die Schlußfolgerung, zu einer „demokratischen Revolution“ aufzurufen, wie das Sozialdemokraten und Stalinisten tun. Der grundlegende Beitrag von Leo Trotzki und der russischen Revolution zum Marxismus ist unser Verständnis, daß es in dieser imperialistischen Epoche nur dann wirkliche Demokratie geben kann (besonders für die unterdrückten Massen), wenn die Arbeiter ihre eigene Klassenherrschaft errichten.

Denn wenn einige dieser „demokratischen“ kapitalistischen Kräfte schließlich an die Macht kommen, sind sie gezwungen, eine Unterdrückung auszuüben, die sich nicht besonders von der früheren Tyrannen und Landesväter unterscheidet. Warum? Der Grund dafür, daß Diktatoren in Lateinamerika die Norm sind, besteht in erster Linie darin, daß eine sehr winzige Bourgeoisie einer

sehr großen bäuerlichen und proletarischen oder plebejischen Bevölkerung im Nacken sitzt, deren elende Lebensbedingungen ständig revolutionären Gärungsstoff hervorbringen. Und der einzige Weg, diese Bevölkerung niederzuhalten, ist die eine oder andere Form eines bonapartistischen Regimes – Militärdiktaturen, die immer Massenterror bedeuten. In diesem Zusammenhang – gestern habe ich an Übersetzungen gearbeitet, und es schien mir so, als ob es im Spanischen schrecklich viele Worte für „Coup“ gäbe. Ich überprüfte das und fand 297 Substantive; zählt man die Verben dazu, sind es über 580! Das sind tatsächlich mehr Worte, als es für „Schnee“ in der Eskimosprache gibt. Natürlich liegt der Grund darin, daß es in der Arktis eine Menge Schnee gibt und in Lateinamerika eine Menge Coups. In El Salvador haben sie seit kurzem den ersten Präsidenten seit 50 Jahren, der Zivilist ist. Sein Name? José Napoleon Duarte – Joe Napoleon!

In El Salvador, dem Paradebeispiel einer Kaffee-Oligarchie, zeigt sich die Tendenz zum Bonapartismus in dramatischer Weise. Das Land steht seit 1932 unter Militärrherrschaft, die längste ununterbrochene Periode der Herrschaft der Armee auf dem ganzen Kontinent. Und das ist kein Zufall. Warum? Nun, El Salvador ist das ertragreichste Gebiet in Zentralamerika, von einem Ende zum andern werden Agrarerzeugnisse für den Handel produziert – es gleicht einer einzigen riesigen Plantage. Und als dann die Kaffeeproduktion in großem Ausmaße anfing, wurden Hunderttausende von Bauern einfach von ihrem Land vertrieben; deshalb liegt der Prozentsatz landloser Bauern, die Landarbeiter geworden sind, in El Salvador weitaus höher als irgendwo sonst in Lateinamerika. Die Bedingungen ähneln sehr denen in Morelos zu Zapatas Zeiten, zu Zeiten der mexikanischen Revolution, die natürlich einen starken Einfluß auf dieses Ende der zentralamerikanischen Landenge hatte.

Als es dann einen internationalen Finanzkrach gab, den kapitalistischen Wirtschaftskollaps von 1929, wurde der traditionelle Terror schwächer, und die Landarbeiter begannen, ihre Köpfe zu erheben. Die Oligarchie sah, wie sich die Gewitterwolken zusammen-

zogen, und entschied, den Reformen zu stürzen. Er wurde durch einen aufrechten Henker-General namens Maximiliano Hernández Martínez ersetzt. Die Kommunistische Partei rief zum Aufstand, und die ländlichen Massen antworteten massiv. Das Resultat war eine unbeschreiblich blutige Unterdrückung. 30 000 Leute starben, bei einer Gesamtbevölkerung von wenig über zwei Millionen. Auf die USA bezogen wäre es das gleiche, wenn drei Millionen Menschen erschossen würden. Seit dieser Zeit war das vorherrschende Thema in der salvadorianischen Politik. Jeder weiß, wenn die Dinge außer Kontrolle geraten, wird es wieder ein 1932 geben. Und darauf müssen sich revolutionäre Organisationen, die den Anspruch haben, das Proletariat zu führen, vorbereiten – auf ein neues 1932, aber diesmal eines, in dem die Arbeiter und Bauern gewinnen können!

Das war der erste von Kommunisten geführte Aufstand in Amerika, und ihm folgte die am längsten andauernde Militärdiktatur in der westlichen Hemisphäre. Dazwischen besteht eine enge Verbindung. In El Salvador zeigen sich in konzentrierter Form die Bedingungen bürgerlicher Herrschaft, wie sie in ganz Lateinamerika existieren. Und das macht den Kern der trotzkistischen Theorie und des Programms der permanenten Revolution aus, daß nämlich in den rückständigen kapitalistischen Ländern die sehr schwache Bourgeoisie nicht unabhängig vom Imperialismus und den semifeudalen Elementen oder gar gegen sie regieren kann. Sie ist eng mit ihnen verbunden und nicht fähig, eine bürgerlich-demokratische Revolution durchzuführen; die Geschichte der französischen und der englischen Revolution kann sich hier nicht wiederholen. Denn die herrschende Klasse ist nicht viel mehr als Leiterin einer Filiale des Imperialismus. Alle „Experimente“ mit bürgerlicher Demokratie in Lateinamerika sind elend gescheitert. Vor einigen Jahrzehnten sagte man, Uruguay sei die Schweiz Lateinamerikas. Oder Chile ein kleines Stück von Europa in Südamerika. Und dann gab es die „Allianz für den Fortschritt“. Nun, seht euch Uruguay und Chile heute an.

Warum scheitern diese Versuche immer wieder? Trotzisten haben eine Erklärung dafür, während Stalinisten und Sozialdemokraten jedesmal bitter überrascht werden. Diese Reformisten behaupten nämlich immer, es könne eine Art bürgerlich-demokratische Etappe geben, oder eine antioligarchische, antifeudalistische, antifaschistische Etappe usw. usw. Wenn ihr all diese Rhetorik hört, solltet ihr euch einen Augenblick Zeit nehmen, zu überlegen: was fehlt dabei? Es ist anti-alles-mögliche und voll von marxistisch klingender Terminologie, aber nirgendwo ist die Rede von proletarischer Revolution, nicht wahr? Alle diese vielen Worte haben hauptsächlich den Zweck, zu verbergen, daß diese Leute sich weigern, für die proletarische Revolution zu kämpfen. Tatsächlich versuchen sie einfach, irgendeine Art von liberalerem oder „progressiverem“ kapitalistischem Regime an die Macht zu bringen, das sich letztendlich immer gegen die Arbeiter wenden und sie genauso unterdrücken wird, wie es seine Vorgänger taten. Und nur die Trotzisten sagen die Wahrheit: um die klassischen Forderungen der bürgerlichen Revolution zu erkämpfen, ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse die Macht übernimmt und ihre eigene Klassenherrschaft errichtet. Das ist die *einzigste* Alternative zu blutiger Konterrevolution.

Der klassische Fall in Lateinamerika ist Chile. Die Klassenstruktur Chiles hat tatsächlich stärker europäischen Charakter, und seit den dreißiger Jahren existierten immer große reformistische und sogar zentristische Arbeiterparteien. Als Folge davon gab es auch eine eigene Volksfronterfahrung. Von 1936 bis in die späten vierziger Jahre gab es eine Reihe von Volksfronten, und die letzte wurde von General González Videla angeführt, der hauptsächlich von der Kommunistischen Partei Unterstützung bekam. 1945 kam er an die Macht, und 1947 saß die gesamte KP in Konzentrationslagern. Es gibt auch eine andere Möglichkeit, die Pinochet-Variante; hier spielte Allendes Unidad Popular die Rolle einer Barriere, damit der Kampf im Rahmen des Kapitalismus blieb. Die UP wurde durch einen anfangs sehr enthusiastischen Arbeiteraufstand an die Macht gebracht, aber als sie dessen Kräfte langsam ins Leere laufen ließ, schlugen imperialistische Reaktion und

einheimische Bourgeoisie zurück. In jeder der beiden Varianten ist die Volksfront eine Barriere gegen die Revolution.

Brecht mit der Bourgeoisie!

Um zu El Salvador zurückzukommen: es gibt noch andere Einschränkungen für die bürgerliche ökonomische Entwicklung und die Erreichung jeder Art wirklicher Prosperität oder sozialen Fortschrittes in der Region, und zwar die Balkanisierung des ganzen Gebietes in winzige Länder. Im Grunde genommen ist ganz Lateinamerika in vieler Hinsicht eine große Nation, mit Ausnahme von Brasilien. Aber bei Zentralamerika liegt der Fall sogar noch extremer. Aus der Kolonialherrschaft ist es als ein einheitlicher Bundesstaat hervorgegangen, aber die Bourgeoisie war so zersplittert, daß dieser sich bald aufspaltete. Als Resultat gibt es jetzt Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras und Panama, und kein Staat ist ökonomisch lebensfähig. Oh, sie haben alle ihre eigene Ölraffinerie, und in jedem einzelnen steht eine Abfüllfabrik für Coca Cola – obwohl die jetzt, wo die Republikaner dran sind, wahrscheinlich den Besitzer wechseln und Pepsi-Cola abfüllen. Und für die winzige Mittelklasse, die in Vororten namens Colonia Kennedy, Colonia Country Club oder Colonia Sears lebt, gibt es auch in jedem Land Sears-Roebuck-Kaufhäuser. Aber wenn man zwei Straßen weiter geht, sieht man ein fast unglaubliches Ausmaß von Armut. Ein Wellblechdach bedeutet da sogar heute noch wirklichen Fortschritt! In anderen Worten, die Lebensbedingungen der Massen sind wahrscheinlich noch schlimmer als vor 30 Jahren.

Der Grund, warum es eine solch überwältigende Armut, eine solch winzige Mittelklasse gibt, liegt teilweise in dem engen nationalen Rahmen, der keine wirkliche ökonomische Entwicklung erlaubt. Und jeder Versuch, die Entwicklung im kapitalistischen Rahmen voranzutreiben, ist zum Scheitern verurteilt: man stellt hier eine Konservenfabrik hin, dort ein Revlon-Werk, und sehr bald machen sie sich alle Konkurrenz, und die örtlichen Bourgeoisien gehen sich gegenseitig an die Kehle, weil es für ihre Produkte keinen Markt gibt. Ein Beispiel war dieser sogenannte „Fußballkrieg“ zwischen El Salvador und Honduras im Jahre 1969. Es war einer der lächerlichsten Kriege in der lateinamerikanischen Geschichte und hatte nichts mit Fußball zu tun. Was passierte, war, daß als Teil der „Allianz für den Fortschritt“ ein „Gemeinsamer Markt Zentralamerikas“ gegründet wurde; das sollte so funktionieren, daß im einen Land Äpfel und im anderen Birnen produziert werden, dann geht man auf den Markt, und Walt Rostow kommt runter und macht die Preise.

Soweit die Theorie. Aber El Salvador, das ein bißchen weiter entwickelt war, begann wie verrückt zu industrialisieren, und bald beklagte sich Honduras, sein Markt werde überlaufen. Währenddessen kamen auch eine Menge Bauern über die Grenze, denn die Landnot ist in El Salvador sehr groß. Dar-

aufhin beschuldigte Honduras seinen winzigen Nachbarn des Imperialismus und warf Tausende der Neusiedler hinaus. Beide Länder schürten die Hysterie in der Bevölkerung, und nach einem umstrittenen Fußballspiel in Mexiko entzündete sich das Ganze zu einem Krieg. Dieser „Fußballkrieg“ machte Schluß mit dem „Gemeinsamen Markt Zentralamerikas“, und seit der Zeit hat es so gut wie gar keine Industrialisierung mehr gegeben. Wenn die Arbeiterklasse die Macht übernehmen würde, wäre das Ergebnis natürlich nicht eine winzige „Sozialistische Republik El Salvador“, sondern eine sozialistische Föderation, die ganz Zentralamerika mit Mexiko verbinden würde, dem potentiellen Industriezentrum der Region. Und das ist die Vorbedingung für jede wirkliche ökonomische Entwicklung.

Ein anderer wichtiger Aspekt der Situation in El Salvador ist die extrem scharfe Rechtslinks-Polarisierung, die den tiefen Abgrund zwischen den Klassen widerspiegelt. Noch ein dramatisches Beispiel: in Lateinamerika gab es bestimmte ungeschriebene Gesetze, wie man eine Diktatur ausübt. So wurden zum Beispiel Linke, die im Gefängnis saßen, normalerweise relativ gut behandelt, weil jeder wußte (einschließlich der Gefängniswärter), daß einer dieser Leute, wenn er sich kaufen läßt, vielleicht bald der nächste Präsident oder Minister sein könnte. Aber das hat sich alles geändert, seit die „Allianz für den Fortschritt“ zur systematischen Verbreitung nazi-ähnlicher Foltermethoden durch den „aufgeklärten“ amerikanischen Imperialismus führte. Ja, und eine andere Spielregel besagt, daß es einen gewissen Kreislauf gibt. Solange man die Massen in abgrundtiefer Armut hält, ist es unvermeidlich, daß periodisch Wellen von Massenprotest über das Land fegen. Und die Regel sagt, daß man diesen Protest einfach bis zum Höhepunkt und darüberhinaus laufen läßt und auf den nächsten Tag wartet. Aber in El Salvador lief es nicht so.

Letztes Jahr, am 22. Januar, marschierten 200 000 Menschen ins Stadtzentrum von San Salvador. Es gibt dort den traditionellen Platz in der Stadtmitte mit dem Nationalpalast und der Kathedrale (ihr wißt, Gott schütze El Benefactor); dann steht da die Nationalbank (der Mammon schütze El Benefactor) und schließlich das Verteidigungsministerium (die Gewehre schützen El Benefactor). Jedenfalls marschierte die Menge auf den Platz, rechts um die Kathedrale herum und an der Nationalbank und dem Präsidentenpalast vorbei. Zweihunderttausend Menschen, und was tut die Regierung? Sie plazierte Heckenschützen auf den Dächern, und die schießen die Menge nieder. Sie töteten 200 Leute und verwundeten 300 weitere. Nun, das ist ein Spiel mit dem Feuer und entspricht ganz bestimmt nicht den Benimmregeln, die Knigge für zweitrangige lateinamerikanische Diktatoren aufstellen würde. Aber es gibt einen Grund dafür. Die salvadorianische Bourgeoisie weiß, daß ihre Stellung seit langem unsicher ist, und so hat es seit 50 Jahren nicht einen wirklichen Versuch dissidenter bürgerlicher Kräfte gegeben, die Militärherrschaft herauszufordern. Und dieses

schamlose Massaker halten sie für selbstverständlich – von ihrem Klassenstandpunkt aus ist es notwendig.

Es gibt jede Menge anderer Beispiele, etwa die Ermordung von Erzbischof Romero. Man erwartet nicht, daß Erzbischöfe einfach erschossen werden, besonders nicht, wenn sie Freunde in den USA haben. Nun überwarf sich aber der Erzbischof Romero mit seinem Namensvetter, dem Präsidenten Romero, als die Armee vor einigen Jahren anfang, seine Priester zu erschießen. Und als die von Washington vor anderthalb Jahren eingesetzte „Menschenrechtsjunta“ das Gleiche tat, begann er bald, wie ein Maoist zu reden. Natürlich alles aus der Heiligen Schrift – ihr wißt schon, Epistel Paulus, Kapitel 1, Vers 13: „Gott sagt, du darfst nicht töten; doch wenn getötet wird, dann ist Rebellion gerechtfertigt.“ Am Tag, nachdem er das gesagt hatte, wurde er niedergeschossen, während er die Messe las. Nebenbei, man sagt, die Killer seien kubanische Gusanos gewesen, die der CIA ausgebildet hat – wenn man also über den Export von Terrorismus reden will, ist das ein ziemlich gutes Beispiel.

Und dann waren da noch die Führer der oppositionellen Volksfrontkoalition, der FDR, der Revolutionären Demokratischen Front. Ihr oberster Führer, Alvarez Córdova, stammte aus einer der 14 Familien. Normalerweise werden Mitglieder der Oligarchie nicht einfach niedergeschossen. Oder die katholischen Missionsfrauen: man erschießt keine Nonnen, das wird nicht einfach hingenommen, denkt nur an Stanleyville. Und Carters Botschafter, Robert White – nach der Wahl im November nannten ihn Reagans Berater einen „Sozialreformer“, und er beschuldigte sie des Versuchs, ihn umbringen zu lassen. Genau das passierte allen anderen „Sozialreformern“, sogar, wenn sie Verbindungen zum CIA hatten, wie die Landreform-Typen, die im Café des Hilton-Hotels ermordet wurden.

Auf welche Weise kann man gegen all das vorgehen? Als Marxisten, Kommunisten, sagen wir, daß es notwendig ist, die Unterdrückten und Ausgebeuteten um die soziale Kraft herum zu organisieren, die das Klasseninteresse hat, das System zu beseitigen, das solche sadistischen Killer hervorbringt. Aber unglücklicherweise ist die salvadorianische Linke jahrzehntelang von nationalistischer und stalinistisch-reformistischer Ideologie beeinflußt worden; ihre Anstrengungen hatten hauptsächlich das Ziel, den bodenlosen Abgrund zwischen den Klassen zuzukleistern. Das ist das Wesen ihrer ganzen Volksfrontpolitik. Im Namen der „demokratischen Einheit“ verpflichten sie die Arbeiter und Bauern, das Privateigentum der Kapitalisten, die „Integrität“ der Streitkräfte, die „erlauchte Führerschaft“ der Kirche usw. zu respektieren. Sie hängen sich an eine Handvoll dissidenter Christdemokraten und ein paar jämmerliche Sozialdemokraten an – in Wirklichkeit bürgerliche Liberale, die sich als Sozialdemokraten verkleiden – alles, um die Massen in Schach zu halten. Auf diese Weise, denken sie sich, wird die „progressive Bourgeoisie“ nicht abgeschreckt, und vielleicht kann man mit Washington einen Handel abschließen.

So entsteht eine Volksfrontkoalition mit ein paar Liberalen und Priestern und Reformisten. Und die Massen, außer sich vor Freude über den Sturz der Mörderbande, die vorher an der Macht war, unterstützen sie anfänglich. Genau diese Situation existierte in El Salvador, nachdem Carter im Oktober 1979 die sogenannte Reformjunta eingesetzt hatte. Sie bestand aus liberalen Armeeeoffizieren, liberalen Zivilisten; die Kommunistische Partei steuerte einen Arbeitsminister bei, außerdem gab es zwei Obristen der harten Linie. Was passierte nun? Die Liberalen wurden einer nach dem anderen kaltgestellt – so was nennt man einen „schleichenden Coup“ – und die Militärfalken entfesselten das schlimmste Blutbad seit Jahrzehnten. Oh ja, und es gibt eine Landreform, von den gleichen Leuten, die Vietnam die „Pazifizierung“ brachten. Diese Landreform besteht darin, Landparzellen zu verteilen an die Mitglieder der faschistischen Organisation ORDEN, die Verbindungen zum Militär hat und unter den Bauern spionieren soll. Und die anderen Leute, die vorher da waren, Landarbeiter usw., werden alle rausgeworfen und flüchten in die Berge. Dann nennt man sie Guerillas.

Fortgesetzt auf Seite 10

Diskussionsreihe der TLD

TROTZKISMUS – DER MARXISMUS UNSERER EPOCHE

Marxismus und Staat

Kann man den bürgerlichen Staatsapparat reformieren? Nehmen Kommunisten an Parlamentswahlen teil? Weshalb Kommunisten für den Ausschluß der Polizei aus dem DGB kämpfen

FRANKFURT: 23. April

WESTBERLIN: 2. April

Wir sind die Partei der Russischen Revolution

Weshalb konnte die Oktoberrevolution 1917 siegen? Welche Bedeutung hat die Oktoberrevolution für Kommunisten heute?

FRANKFURT: 30. April

WESTBERLIN: 16. April

Klassencharakter der UdSSR

Wie konnte die Sowjetbürokratie in der UdSSR die Macht an sich reißen? Weshalb verteidigen Marxisten die UdSSR gegen imperialistische Angriffe? Was verstehen Trotzisten unter der politischen Revolution?

FRANKFURT: 7. Mai

WESTBERLIN: 30. April

Ort und Zeit:

Frankfurt: jeweils donnerstags
18.00 Uhr, Studentenhaus Jügelstraße
(auf dem Unigelände, Nähe Bockenheimer
Warte) Raum 203

Ort und Zeit:

Westberlin: jeweils donnerstags
18.30 Uhr, Mehringhof, Hinterhaus, Aufgang 4
2. Stock

El Salvador...

Fortsetzung von Seite 9

und die Armee schießt sie nieder. In El Salvador wird das „Reform des Todes“ genannt.

Heute gibt es nun eine andere Version dieser klassenkollaborationistischen Koalition, die Revolutionäre Demokratische Front. Zuerst wurde sie durch den Großgrundbesitzer Alvarez geführt und jetzt durch den „Sozialdemokraten“ Ungo; beide waren Mitglieder der „Menschenrechtsjunta“ vom Oktober 1979. Vor kurzem versuchte die FDR auch, Oberst Majano zu gewinnen, der ebenfalls Mitglied dieser Junta war, dann aber verhaftet wurde. Das Ganze stellt eine etwas linkere Koalition dar, vielleicht ähnlich wie Allendes UP. Aber wofür steht sie? Was ist zum Beispiel mit der Landreform? Unter der Junta gab es eine „Landreform“ – was sagen die Linken dazu? Nun, Bolschewiki rufen zur Agrarrevolution auf, nicht zur Landreform. Die Bauern kämpfen nicht für ein Stück Papier, das ihnen „Anrecht auf Land“ bescheinigt, wenn sie danach weiterhin 50 Prozent der Ernte abgeben müssen, nur jetzt nicht mehr als Pacht, sondern als Abzahlung an die Banken. Die Geschichte zeigt, daß die Bauern erst dann wirklich glauben, daß sich etwas geändert hat, wenn sie sich in einem revolutionären Aufstand erhoben, Hacienda oder Herrenhaus niedergebrannt und die Landurkunden verbrannt haben. Das ist in Frankreich 1789 oder Rußland 1917 passiert, auch in der niedergeschlagenen Bauernrevolution in Mexiko im Bundesstaat Morelos.

Der Grund dafür ist ziemlich offensichtlich. Zusätzlich zu dem „Anrecht“, das der Bauer in der Hand hält, gibt es nämlich noch ein anderes Stück Papier, in den Nationalarchiven der Hauptstadt. Und wenn die Reformwelle vorbei ist, kommen die Landeigentümer aus Miami zurück. Dann steht ihr Stück Papier gegen das der Bauern. Und dreimal kann man raten – hinter ihrem Stück Papier stehen mehr Gewehre. Deshalb stehen die Bauern solchen Reformen zu Recht mißtrauisch gegenüber. Wenn sie dagegen um das Programm: „das Land dem, der es bebaut“ mobilisiert werden, unter der Führung der sozialen Kraft, die das auch gegen die Bourgeoisie durchsetzen kann, nämlich der Arbeiterklasse, dann können sie eine gewaltige Unterstützung sein und sogar die große Mehrheit derjenigen stellen, die die proletarische Revolution unterstützen. Aber mit einer Volksfront ist das nicht möglich. Señor Alvarez ist in der Koalition; ihm gehören Tausende Hektar Land, und er repräsentiert eine soziale Klasse.

Außerdem ist es nicht so, daß es auf der einen Seite einige schlechte Großgrundbesitzer und auf der anderen einige gute Industrielle gibt, daß jene Leute für die soziale Reaktion und diese für sozialen Fortschritt stehen. Das sind alles die gleichen Leute. In den typischen lateinamerikanischen oligarchischen Familien erbt der älteste Sohn den Landbesitz, ein jüngerer Bruder wird Oberst in der Armee, ein dritter Sohn geht in die bürgerliche Politik und Nummer vier geht zur Kirche. Wenn sie fünf Söhne haben, wird der letzte ein Revolutionär. Ach so, ich habe den vergessen, der die Coca-Cola-Lizenz bekommt. Es gibt also eine Arbeitsteilung, sie kommen alle aus der gleichen Familie. In El Salvador heißen sie Romero oder Alvarez, in Nicaragua sind alle Chamorros, aber keiner von ihnen wird eine Agrarrevolution durchführen.

Die Frage der Volksfrontpolitik zieht sich durch alle Aspekte der Situation in El Salvador, einschließlich der kürzlich fehlgeschlagenen Offensive. Sie wurde als „Endoffensive“ angekündigt, und *Time* zitierte einen Guerillaführer mit den Worten, es sei „die letzte Endoffensive – endlich!“ Das klingt wie ein Witz, und teilweise hat es militärtaktische Gründe, aber hinter all den Stop-and-go Offensiven und -Rückzügen in El Salvador steht ein politisches Programm. Es scheint der Fall zu sein – man kann es nicht so genau sagen wegen der imperialistischen Nachrichtensperre –, daß es wenig Reaktion auf den Aufruf zum Aufstand gab. Für den Generalstreik trifft das bestimmt zu. Ana Guadalupe Martínez, eine Führerin der linken Aufständischen, deren Koalition sich Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí – FMLN – nennt, sagte: „Die Massen fühlten sich nicht

unterstützt, den Streik massiv durchzuführen, und für die politisch-militärischen Organisationen war er zu schwach, als daß sie ihn in eine Erhebung hätten überführen können ... Der Streikaufbruch zu diesem Zeitpunkt war ein politischer Fehler.“

Aber das war nicht der erste Fehler. Der Generalstreik im letzten August war auch ein Fehlschlag, und zwar aus ähnlichen Gründen. Damals versuchten sie, mit verschiedenen bürgerlichen Kräften zu verhandeln, um ihre Volksfront zu erweitern. Und am Vorabend des Streiks machten die Buseigentümer einen Rückzieher. Kurz nach dem Streik verließ eine der mehr „gemäßigten“ Gruppen, die FARN, das Militärkommando dieser bunt zusammengesetzten linken Koalition, die DRU, in der Hoffnung, mit Oberst Majano ins Geschäft zu kommen. Der Handel kam nicht zustande, weil bedeutende Teile der salvadorianischen Bourgeoisie nicht gewillt sind, Teil einer linken Koalition zu werden. Aber der Punkt ist, daß die andauernden Bemühungen der Linken, solch ein Geschäft zustande zu bekommen, sie davon abhalten, die Massen in Richtung eines wirklich revolutionären Aufstands zu führen. In der letzten End-/Generaloffensive zum Beispiel hatten sie nie die Absicht, einen landesweiten Aufstand durchzuführen. Aktionen in den Städten wurden immer als nebensächlich, als zusätzliche Hilfsmaßnahme angesehen. Und der Grund war nicht, daß sie die maoistische Theorie des „langandauernden Volkskrieges“ vertreten hätten.

Was sie wirklich wollten, war ein Stück Land, auf dem sie ihre alternative FDR-Regierung errichten könnten, dann würden die Helmut Schmidts und López Portillos sie anerkennen, und mit etwas Glück würden sie es bis auf die Tribünen der UNO oder der OAS schaffen.

In anderen Worten, die militärische Aktion war hauptsächlich als Taktik gedacht, Druck auf die internationale Bourgeoisie auszuüben. Aber unter den Umständen einer Reagan-Regierung ist solch eine Strategie hoffnungslos. Und selbst wenn sie zur Macht kommen würden, wäre das Ergebnis für die Arbeiter und Bauern, daß sie um einen Sieg betrogen werden, für den sie eine Menge Blut vergossen haben. Und alles wäre am Ende wieder in den Händen der herrschenden Klasse. Während die Masse der Linken versucht, den Klassengegensatz zu verwischen, sagen die Trotzkisten, daß es notwendig ist, die Arbeiterklasse zu mobilisieren, um mit der Unterstützung der Bauern diese äußerst winzige Bourgeoisie, die jedoch vom Imperialismus gestützt wird, zu stürzen. Und im Kontext des neuen Kalten Krieges muß man die Aufgaben, die sich im winzigen El Salvador stellen, im Weltmaßstab sehen.■

Polizeiterror...

Fortsetzung von Seite 12

Rollnick reden wollten, angewiesen, „zur Sache“ zu reden oder aufzuhören. Lediglich der Sprecher der TLD forderte sowohl die Freilassung der Hausbesetzer wie die aller linken politischen Gefangenen.

Jugendliche für den revolutionären Kampf gewinnen!

Jugendliche, die sich zurecht von dieser Gesellschaft nichts mehr versprechen, dürfen ihre Militanz nicht in Sackgassen führen lassen. Alle Anstrengungen wie zum Beispiel die der Westberliner Alternativen Liste, Lösungen für das Wohnungsproblem im Kapitalismus zu suchen, sind zum Scheitern verurteilt. Der Kapitalismus kennt weder das Recht auf Wohnung noch auf Arbeit. Der Bourgeoisie können zwar hier und da einzelne Zugeständnisse abgetrotzt werden, aber sie wird versuchen, diese zum nächsten Zeitpunkt wieder zurückzunehmen. Der bürgerliche Ausbeutungs- und Unterdrückungsstaat muß zerschlagen werden. Die einzige Klasse, die über die Macht dazu verfügt, ist die Arbeiterklasse. Unter der Führung einer revolutionären Partei muß den Kapitalisten die Staatsmacht entrissen und eine Arbeiterregierung errichtet werden. Dies ist die einzige Perspektive, die der Jugend gegeben werden kann: *eine sozialistische Zukunft erkämpfen!*■

AL...

Fortsetzung von Seite 12

aktivisten, die ihre spezifischen gesellschaftlichen Nischen – angeblich jenseits vom Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital – ganz prosaisch im Senat vertreten sehen wollten.

Programmatische Grundlagen der AL waren Umweltschutz, die „pure“ (kleinbürgerliche) Demokratie und – in Westberlin nicht verwunderlich – verbrämter Antikommunismus. Besonders wegen des letzten Punktes führte die damals noch existente KPD einen harten Kampf um Einfluß in der Alternativen Liste, um das von ihr anvisierte „antihegemonistische Bündnis gegen die Supermächte USA und UdSSR“ auf eine breite Basis zu stellen. Nach der Selbstauflösung der KPD im letzten Jahr verschwanden viele dann gänzlich in der AL, wo sie heute an den politischen Schalthebeln dieser Formation sitzen.

Bekam die AL bei den Wahlen 1979 nur einige ihrer Kandidaten in vier Bezirksversammlungen, so sieht sie jetzt mit der Krise des Senats um Häuserkampf und Garski-Affäre ihre Chance, Wahlkampf zu führen und ins Abgeordnetenhaus zu gelangen – wie sie betont, nur, um von dort außerparlamentarische Aktionen zu unterstützen. Daß in dieser Arena die herrschende Klasse kommandiert, berührt sie wenig: so will man Vorschläge machen, „wie diese Stadt lebensfähig erhalten und menschenwürdig entwickelt werden kann“ (*Anträge zum Wahlprogramm der AL, A1*), wobei die Alternativen Wert darauf legen, sich nicht „ins ‚linksradikale‘ Abseits“ gestellt zu sehen.

Das gesamte Programm der AL erschöpft sich in der Beschwörung eines „alternativen“ Kapitalismus. Die Alternative Liste kann die bestehenden Verhältnisse nicht einmal richtig interpretieren, geschweige denn verändern. So verwundert es auch nicht, daß die grundsätzliche Diskussion über Parlamentarismus – am letzten Tag der viertägigen Programmdiskussion geführt – in der Hauptsache darum ging, wie man seine Abgeordneten in spe kontrollieren kann, vermutete man doch zu Recht, daß es einigen mit der Zeit im Abgeordnetenhaus zu gut gefallen würde. Und wie es so zugeht bei diesen Sandkasten-„Realpolitikern“, mußten auch die Frauen in der AL erfahren, die nicht die geforderte Hälfte der Kandidaten stellen durften und in den Diskussionen über das Programm weitgehend untergebuttert wurden.

„Weniger Hirn, mehr Herz!“ (Bemerkung eines Ex-KPDlers auf der MVV)

Die zentralen politischen Fragen, die auf der Mitgliederversammlung der AL Anfang März mit wenig Hirn diskutiert wurden, waren die Berlin- und Friedenspolitik. Hier konnte die Gruppe um Ex-KPD-Führer Wolfgang Kaiser ihre Pluspunkte einstecken und das AL-Programm der „Auflösung von NATO und Warschauer Pakt“ in ihrer Perspektive durchsetzen. „Die zunehmende Bewegung in Westeuropa gegen die ‚Nachrüstung‘ der NATO muß den offiziellen Mächten des Ostblocks offen einen realen Preis abverlangen: die Öffnung Osteuropas für echten Gedankenaustausch über die Blockgrenzen hinweg und den Spielraum für die Entfaltung einer autonomen ökologischen und Friedensbewegung dort“ (Antrag von Wolfgang Kaiser). Was hier verlangt wird, ist die Erpressung eines breiteren „Spielraums“ für die bürgerliche Ideologie in den deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten – durch das imperialistische Westdeutschland.

Was wir hier vor uns haben, ist das alte Pro-NATO-Programm der KPD, das lediglich der existierenden pazifistischen Bewegung in Westdeutschland Rechnung trägt, um diese gegen DDR und Sowjetunion umzufunktionalisieren. Das Ganze läuft bei der AL unter dem Stichwort „alternative Verteidigung“. So sieht die „radikaldemokratische“ Antwort auf die Reagan-Offensive gegen die Sowjetunion aus. Ob Hans-Joachim Vogel, der ebenfalls für die „Öffnung“ und mehr „Spielraum“ in Osteuropa eintritt, Wolfgang Kaiser meinte, als er sagte: „Es gibt da (in der AL) sehr vernünftige Leute, die auch bei der CDU oder

der SPD oder der FDP sein könnten“ (Vogel-Interview in *TIP*, Nr. 5, 1981).

Ein Redner der TLD machte dagegen bei der Programmdiskussion klar, daß die Frage des Friedens eine des Klassenkampfes ist: Wer entwaffnet wen? Das Gerede von der „alternativen Verteidigung“ bedeutet nichts anderes als „alternative“ Vaterlandsverteidigung. Nur das Proletariat kann durch proletarische Revolution die Bourgeoisie entwaffnen und die Voraussetzungen für den Frieden schaffen. Durch die soziale Revolution im Westen und die proletarische politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie im Osten muß der Kampf für ein revolutionär wiedervereinigtes Deutschland geführt werden.

Die sozialistische Initiative – für eine kämpfende AL?

Unzufrieden mit dem Coup der Ex-KPD war die SEW-Abspaltung Sozialistische Initiative (SozIni, ehemals *Klarheit*) um Wolfgang Guckelberger. Nach ihrem Austritt aus der SEW ausgezogen, die Einheit aller sozialistischen und linken Kräfte herbeizuführen, landete diese Gruppierung schließlich auch in der Alternativen Liste. In einem von der SozIni verfaßten, den Programmteil „Friedenspolitik“ von links angreifenden Papier heißt es unter der Überschrift „Der Feind steht im eigenen Land“: „Die Unterzeichner können wesentliche Teile des gestern abgestimmten Friedensprogramms nicht mittragen: (...) Wir fragen uns, wie mit solcher programmatischer Aussage der Argumentation der Schmidt-Regierung und der Reagan-Administration entgegnet werden soll, die ebenfalls – als Vorbedingung für Verhandlungen – dem Osten einen Preis abverlangt?“ Unterzeichnet wurde diese Erklärung, neben der SozIni und einigen AL-Mitgliedern, von KB, Gruppe Z, Gewerkschafter gegen Rechts, der SoSt und der Sozialistischen Linken (SoLi).

Die Frage ist berechtigt, aber man sucht vergebens nach einer Antwort. Die AL ist ein populistisch-kleinbürgerliches Wahlbündnis und steht grundsätzlich auf der Seite ihrer Bourgeoisie. Diese Tatsache mag die SozIni „beunruhigen“, aber entgegenzusetzen hat sie nur den kleinbürgerlichen Pazifismus. Letztendlich rückt diese Opposition innerhalb der AL – ohne jemals die Frage nach dem Charakter der Sowjetunion beantwortet zu haben und eine über die Perspektive des „Sozialismus in einer halben Stadt“ hinausgehende Position entwickelt zu haben – in die Nähe der linken Sozialdemokratie. Zwar redet sie von „unterschiedlichen gesellschaftlichen Verhältnissen“, aus denen „auch eine unterschiedliche Haltung zum Wettrüsten resultiert“, bleibt aber bei diesen nichtssagenden Andeutungen stehen, um aus ihnen die pazifistische Schlußfolgerung der einseitigen Abrüstung zu entwickeln. So soll eine Politik gemacht werden, „die den Widerstand gegen die NATO-Hochrüstung zum Mittelpunkt hat“, was im wesentlichen in die gleiche Kerbe haut wie die Opposition eines SPD-Hansen, der gegen die Nachrüstung auftritt, um das Vertrauen der Bevölkerung in die NATO zu retten.

Die sozialistische Linke: Für eine kämpfende AL als Vorstufe der kämpfenden SPD!

Noch deutlicher ist der Trend zur Sozialdemokratie bei der Sozialistischen Linken, dominiert von GIM und KL zu Tage. So heißt es in dem Papier der SoLi „Skizzen zu Entstehungs- und Entwicklungsprozeß der Alternativen Liste – Einige Perspektiven“ vom 24. Februar:

„Außer den wenigen kleinen Gruppen außerhalb der AL und SPD bleiben die Linken innerhalb der AL trotzdem von entscheidender Bedeutung für den Aufbau einer sozialistischen Alternative in Westberlin (Seite 10). Es gilt heute schon an diesen Fragen politischen Druck auszuüben. Entscheidender Bruchpunkt wird dabei nicht die oder jene Einzelfrage in diesem oder jenem Bereich, die Hereinnahme einer antikapitalistischen Formel ins Programm sein; selbst ein etwas flexibleres Verhalten gegenüber der SPD ist denkbar. In all diesen Fragen kann die Alternative Liste programmatische Zu-

Uni Frankfurt:

Weg mit Kelms Büchertischverbot!

Eine Aktionseinheit linker deutscher und ausländischer Organisationen demonstrierte an der Frankfurter Uni ihre Entschlossenheit, das skandalöse Büchertischverbot des Unipräsidenten Kelm zu Fall zu bringen. Ab Montag, dem 16. Februar, sollte dieses Verbot unter dem fadenscheinigen Vorwand von Brandschutzbestimmungen für die gesamte Uni gelten; an diesem Tag führte die von der TLD initiierte Aktionseinheit massiv Büchertische an der Mensa durch. Zuvor war beschlossen worden, diese gegenseitig zu schützen und zu ihrem Schutz zu mobilisieren: etwa 100 Studenten folgten diesem Aufruf. Am Montag, dem 23. März, wurde diese Aktion wiederholt, da Kelm zuvor die zwangsweise Räumung der Tische und Kisten angedroht hatte.

Die Mensa ist traditionell der Ort, wo die linken Organisationen ihre politischen Auffassungen verbreiten. Vor allem die ausländischen Organisationen sind für den Vertrieb ihrer Propaganda auf das öffentliche Forum der Mensa angewiesen. Eine Protesterkklärung, die an Kelm ging, wurde neben der Trotzistischen Liga Deutschlands von CISNU-Avantgarde, U.I.S. (Sympathisanten von Peykar), Vereinigung der Studenten Kurdistans im Ausland (AKSA), ODYSI (Studentengruppe von Tudeh), Frauen gegen den imperialistischen Krieg, Kommunistischer Bund (KB), Anarchistische Föderation, AStA, Marxistische Gruppe, Sympathisanten der MSV, Gruppe Römer Pirat, Schwulengruppe Frankfurt, KSB (Kommunistischer Studentenbund des KBW), Devrimçi Sol, Fedajin Mehrheit und CISNU ISV unterzeichnet. Nach den Büchertischaktionen mobilisierte die TLD zu Protestkundgebungen bei denen Vertreter von verschiedenen linken Organisationen ihre Unterstützung des Kampfes erklärten. Der Kandidat der TLD zu den Stupawahlen, Andreas Hertel, führte aus:



16. Februar: Protestkundgebung gegen Kelms Büchertischverbot

Spartakist Foto

„Das Büchertischverbot von Kelm ist ein scharfer Angriff auf die freie Meinungsäußerung und stellt einen weiteren Schritt dar in seiner Kampagne gegen linke Politik an der Uni... Die Studentenbewegung hat sich ihr Recht auf freie, unzensurierte Verbreitung linker Literatur erkämpft, dieses Recht soll wieder genommen werden. Aber die heutige Aktion zeigt, wir lassen uns den Mund nicht verbieten! Das Büchertischverbot muß zurückgenommen werden!“

Eine Genossin der Frauen gegen den imperialistischen Krieg stellte diesen Angriff in Zusammenhang mit den brutalen Polizeieinsätzen gegen Demonstranten, die ihre Unterstützung für die Forderungen des Hungerstreiks der RAF-Gefangenen bekundet hatten.

Kelm ist ein Vorkämpfer für den CDU-Bürgermeister Wallmann, der ein „sauberes“ Frankfurt ohne Demonstrationen, Ausländer und Asylanten anstrebt. Auf den Kundgebungen erklangen Sprechchöre wie: „Schluß mit der Ausländerhetze!“, „Volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter!“, „Hoch

die internationale Solidarität!“

Über 800 Studenten, Dozenten und Gewerkschafter unterstützten mit ihrer Unterschrift den Protest. Auf einer Wochen zuvor stattgefundenen Personalratsversammlung hatte Kelm nur die nicht gewerkschaftlich organisierten Mitglieder auf seine Seite ziehen können. Wie unser Genosse Andreas auf der Protestkundgebung betont hatte:

„Die Gewerkschaften stellen an der Uni die soziale Kraft dar, mit der wir zusammen das Verbot zurückschlagen können.“

Im Gegensatz zu dieser allgemein an der Uni herrschenden Empörung stand das Verhalten einiger linker Organisationen, die zwar formal ihre Unterstützung der Aktionseinheit bekundet, dann aber praktisch keine Mobilisierung betrieben haben: das trifft vor allem für KBW, KB und Jusos zu. Der AStA erklärte sich zwar bereit, Koordinationsstelle für die Aktionseinheit zu sein, rührte aber selbst nicht einen Finger. Und die Marxistischen Gruppen, wie immer wortradikal, zeigten sich in der Praxis sogar bereit, mit Kelm zu verhandeln, als dieser unter dem Druck der Aktion seine Bereitschaft für „Kompro-

missen“ verlauten ließ.

Aber die skandalöseste Rolle spielten die vorgeblich trotzkistischen Sozialdemokraten der Internationalen Sozialistischen Arbeiterorganisation (ISA). Sie weigerten sich, die breite Aktionseinheit zu unterstützen, mit der Begründung, die teilnehmenden Organisationen seien „nicht in den Massen verankert“. Stattdessen versuchten sie, eine Art „Gegen“aktionseinheit aufzubauen, riefen auf, zu Kelm zu gehen und mit ihm zu reden – das hätte bedeutet, den anderen Organisationen direkt in den Rücken zu fallen. Aber als Kelm ihnen die kalte Schulter zeigte und offenbar keine andere linke Organisation mit diesen Spaltem etwas zu tun haben wollte, waren sie gezwungen, an der zweiten Protestaktion und -kundgebung teilzunehmen, um sich nicht völlig zu diskreditieren.

Nicht verhandeln – weiterkämpfen!

Jetzt mit Kelm zu verhandeln, heißt eine Einschränkung der Büchertische bzw. ein Verbot zu akzeptieren. Außerdem ist Kelm kein „Softie“, wie sein massiver Polizeieinsatz bei den Wirtschaftswissenschaftlern im letzten Frühjahr bewiesen hat. Verhandlungen mit Kelm können erst auf der Grundlage seiner Rücknahme des Verbots aufgenommen werden. Der AStA muß als Vertreter der Studentenschaft endlich Informationen über die Fortführung des Kampfes zirkulieren und, wie auf dem letzten Aktionseinheitstreffen ausgemacht, zu Beginn des kommenden Semesters für ein neues Treffen mobilisieren.

- Der Kampf muß ausgeweitet werden!
- Das Büchertischverbot muß durch die einheitliche Aktion von Studenten, Dozenten, Linken und den Gewerkschaften GEW und ÖTV zurückgeschlagen werden!

geständnisse machen“ (Seite 11/12).

Die SoLi will der AL „das Begreifen des Wertes einer politischen Organisation“ vermitteln, um mit der so gemodelten, sozusagen alternativen Alternativen Liste Druck auf die Sozialdemokratie auszuüben. Denn die Möglichkeit für die AL, ins Parlament einzuziehen, „ist ein wichtiger Punkt für den sich abzeichnenden Linksschwenk innerhalb der SPD... Erst angesichts des Verlustes von Wählerstimmen nach links, war die SPD zu Zugeständnissen bereit“ (Seite 11).

Es handelt sich bei diesen Leuten um die gleichen GIM- und KL-Mitglieder, die noch bei den Bundestagswahlen vor einem halben Jahr unter dem Deckmantel des „Anti-Strauß-Komitees“ zur Wahlunterstützung der gleichen SPD angetreten sind, gegen die heute angeblich die AL kandidieren will. Einfache Gemüter könnten auf den Gedanken kommen, daß die AL heute populärer ist als die SPD und die SoLi sie deshalb unterstützt. Wir geben diesen Gemütern Recht.

KBW – Mit taktischem Geschick das Rathaus Schöneberg erobern

Der offen nach rechts gehende Reformismus des KBW konkretisiert sich in seiner Unterstützung der AL (unter anderem mit einer Geldspende von 10000 Mark!) und in seinem Bestreben, die Wahlen auszunutzen, „um im Kampf für ein demokratisches Gemeinwesen voranzukommen“ und „Forderungen nach unmittelbarer und direkter Demokratie“ zu verwirklichen (Flugblatt des Regionalverbandes Westberlin vom 17. Januar). „Wichtiger (als das Abgeordnetenhaus) sind uns die Vertretungen in den Bezirksverordnetenversammlungen“ (*Vorschläge für ein Wahlprogramm zu den Abgeordnetenhauswahlen*).

Vor zwei Jahren noch hatte der KBW die damalige KPD wegen ihrer Unterstützung

der AL und Preisgabe des Parteaufbaus kritisiert, heute versucht er selbst, die AL zu beraten. Nicht ganz ohne Widerspruch in den eigenen Reihen, wie sich auf einer öffentlichen Mitgliederversammlung des KBW zeigte, wo Protest gegen die neue Orientierung laut wurde. Zielsetzung der KBW-Vorschläge, die irgendwo in der Mitte zwischen Forderungen der Jungdemokraten und der DGB-Bürokratie ihren Ursprung haben, ist es, daß ein SPD-Senat

„... zumindest Zugeständnisse gegenüber unseren Forderungen (macht) ... Auch Sozialdemokraten sollten sich überlegen, daß ihre Stimme für die ALTERNATIVE LISTE gerade dazu dienen kann, eine CDU-Regierung zu verhindern – oder eine SPD-Regierung, die CDU-Politik macht, wie man es ja schon kennt.“ (*Vorschläge...*) Mit anderen Worten: eine KBW/AL/SPD-Koalition!

Inzwischen ist der charakteristische Forderungskatalog des KBW so weit nach rechts gerückt, daß man sich fragen muß, ob Formulierungen wie „subreformistisch“ oder „radikaldemokratisch“ noch zutreffend sind. Kostproben:

„2. Berlin-Förderung von kapitalistischen Unternehmen in Zukunft grundsätzlich nur auf Antrag und mit Nachweis der Verwendung...“

12. ... Solange noch Besatzungstruppen in Westberlin anwesend sind, keinerlei Manöver und Bewegungen dieser Truppen ohne Zustimmung des Senats.“

Für alle Genossen im KBW, die mitbekommen haben, daß die bürgerlichen Revolutionen im vorletzten Jahrhundert ihre Höhepunkte erlebten und so nach 1848 abklangen und daß die zentralen Kämpfe dieses Jahrhunderts zwischen Bourgeoisie und der einzig revolutionären Klasse – dem Proletariat – geführt werden, ist es endlich Zeit, mit dieser Gruppierung zu brechen.

Die AL ist ein kleinbürgerlicher Wahlverein mit einer Ideologie, die zwischen Graswurzelutopismus und Sozialdemokratismus schwankt. Aber letztlich sind ihnen die programmatischen Fragen drittrangig, wichtig sind die Modalitäten der Parlamentsarbeit. Die AL ist weder politisch noch soziologisch in irgend einem Sinne eine Arbeiterorganisation und verdient keinerlei Unterstützung. Was nach Durchlaufen des Stadiums der AL bleiben wird, ist die Sozialdemokratie. Und die politische Physiognomie etwaiger AL-Abgeordneter wird sich graduell der der Sozialdemokratie anpassen.

Diejenigen, die nicht das bürgerliche Elend alternativ verwalten oder durch Happenings auffrischen wollen müssen mit dem kleinbürgerlichen und berlinbornierten Programm der AL brechen und sich der revolutionären Perspektive des Trotzkismus zuwenden. ■

Frauen...

Fortsetzung von Seite 4

die Verteidigung der afghanischen Frauen gegen die mörderische Konterrevolution, die historisch progressive Möglichkeit, daß das rückständige Afghanistan in das soziale System der Sowjetunion als ein deformierter Arbeiterstaat, begründet auf kollektiven Eigentumsformen, absorbiert werden könnte, drückt sich aus in unserer Losung: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan! Ausweitung der Oktoberereignisse auf die afghanischen Völker!“

Für eine kommunistische Frauenbewegung!

Seit dem Bestehen der TLD, seit den frühen Jahren der internationalen Spartacist Tendenz, haben wir den Kampf gegen die Frauenunterdrückung zu unserer Sache gemacht. Gegen feministische kleinbürgerliche Irrwege und den männlichen Chauvinismus

in der Linken haben wir an die Traditionen Clara Zetkins, der revolutionären Vorkriegssozialdemokratie und der Kommunistischen Internationale vor ihrer stalinistischen Entartung angeknüpft.

Viele Frauen haben sich, enttäuscht über die innerorganisatorische Wirklichkeit der angeblich revolutionären Organisationen, wo Frauenarbeit bloße Spielwiese für weibliche Mitglieder war, in die Sackgasse autonomer Frauenorganisationen oder sogar in den offenen Antikommunismus geflüchtet. Die Marxistische Gruppe (MG) ist das Musterexemplar eines solchen Patriarchenvereins. Der KB „löst“ die Frauenfrage durch die Schaffung von autonomen Frauenghettos innerhalb seiner Organisation, die letztlich Ausdruck der Ansicht sind, daß die Frauen nicht mit Männern konkurrieren können.

Für die TLD ist der Kampf für eine kommunistische Frauenbewegung, für die Gewinnung der proletarischen Frauenmassen für die Revolution Aufgabe der gesamten Partei. Unsere amerikanische Schwesterorganisation, die Spartacist League/U.S., feiert heute das zehnjährige Jubiläum von *Women and Revolution*, einer einmaligen theoretischen Zeitschrift zur Frauenbefreiung, herausgegeben von der Kommission des Zentralkomitees für Arbeit unter Frauen. Die Ernsthaftigkeit unserer Frauenarbeit manifestiert sich in der Tatsache, daß 45 Prozent der TLD-Mitgliedschaft Frauen sind und Frauen einen ebenso hohen Anteil innerhalb unserer Führungsgremien einnehmen – und dies ohne die Existenz irgendwelcher „Frauenklauseln“.

Marx und Engels haben, gestützt auf Fourier, die Entwicklungsstufe einer Gesellschaft an der Stellung der Frau in ihr bestimmt. Die Haltung einer Organisation zur Frauenfrage ist bezeichnend für deren Fähigkeit und Entschlossenheit, für die proletarische Revolution zu kämpfen, die aller Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende setzen wird. ■

SPARTAKIST

Freiburg, Nürnberg, Westberlin

Schluß mit dem Polizeiterror!

Der Staat zeigt seine Zähne. Das größte Polizeiaufgebot in der Geschichte der BRD wurde gegen die von Stoltenberg verbotene Brokdorf-Demonstration mobilisiert: 20 000 Mann in Bürgerkriegsmontur. Am Ende der Demonstration fielen Polizisten über die Demonstranten her und führten wahllos Verhaftungen durch. Juso-Vorsitzender Pieczyk, selbst ehemaliger Polizist, lobte den „besonnenen Einsatz“.

Am folgenden Wochenende griff auch der Stuttgarter CDU-Ministerpräsident Späth in das Arsenal des „starken Staates“. Unter Einsatz des berüchtigten Göppinger Spezialkommandos, der „schwäbischen GSG 9“, einer knüppelschwingenden Angriffstruppe, wurde der seit Monaten besetzte „Schwarzwaldhof“, Wohn-, Arbeits- und Freizeitstätte Jugendlicher, gewaltsam geräumt und von der Polizei besetzt.

Nachdem in Nürnberg sechs Schaufenster bei einer Demonstration gegen Polizeiwilddiebstahl zu Bruch gingen, schlugen Strauß und Tandler zu: 141 Besucher des Jugendzentrums „KOMM“, von denen über die Hälfte an der Demonstration überhaupt nicht teilgenommen hatte, wurden wegen Landfriedensbruch verhaftet. Eltern und Anwälte konnten oft tagelang nichts über den Verbleib der Verhafteten erfahren. Südamerika in Bayern.

In Hamburg wurde die Protestdemonstration gegen die willkürlichen Nürnberger Verhaftungen nach Ende der Kundgebung von Polizei unter Einsatz von Hunden überfallen; mehrere Demonstranten wurden schwer verletzt.

In Westberlin stürmten über 800 Polizisten unter Beteiligung des „Antiterrorkommandos“ SEK am 24. März drei angeblich festungsähnlich ausgebaute Häuser in Kreuzberg. Die Hausbesetzer wurden unter dem Vorwand der „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ verhaftet.

Der Terror der Polizei ist gegen Jugendliche gerichtet, die die bürgerliche Gesellschaft satt haben und in „Alternativgruppen“ aller Art einen Ausweg suchen. Kanzler Schmidt stellte in der Bundestagsdebatte höhnisch fest: „Die jungen Leute haben überhaupt sehr viel Angst heutzutage.“ Was der Kapitalismus ihnen anzubieten hat, ist in der Tat beängstigend: Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, die verstärkte Gefahr, in einem neuen Krieg zu verrecken.

SPD: „Teile und herrsche“

Die Bourgeoisie ist sich nicht einig, wie sie auf die zumeist noch unpolitische Protestbewegung antworten soll. Die CDU/CSU und besonders der gescheiterte Kanzlerkandidat Strauß schwadronieren über ein neues Terroristenumfeld der Hausbesetzerzene. Sie fordern eine härtere Gangart: Tandler's Hartgummigeschosse gegen Demonstranten (die im Baskenland schon zu tödlichen Kopfverletzungen führten) oder gleich den Gebrauch von Schusswaffen. Der CDU-Innenminister von Niedersachsen, Möcklinghoff, verlangt gar Luftabwehrwaffen (!) für die Polizei.

Die SPD manövriert dagegen mit einer Teile-und-herrsche-Taktik, um die Hausbe-

setzer zu spalten. Mit „vernünftigen“ Hausbesetzern sollen Nutzungsverträge abgeschlossen werden, um später umso einfacher doch das Privateigentum zu verteidigen und räumen zu können. Der Nürnberger Willkürakt hat selbst in Kreisen der SPD und der liberalen Bourgeoisie einen Schrecken ausgelöst. Sofort wird der Nürnberger Skandal als Außenseiteraktion von Strauß und Tandler bezeichnet. „Bricht Bayern das Recht?“ schreibt in diesem Sinne auch der Spiegel. Strauß mag einen Hang zu bonapartistischen Methoden haben, aber die Polizeigewalt gehört generell zum Wesen des bürgerlichen Staates. Die Beispiele des Bullenterrors im sozialdemokratischen Hamburg und in Westberlin beweisen, daß Nürnberg kein bloßer „Exzess“ war. Die SPD, in Bayern Oppositionspartei, führte nach den Nürnberger Verhaftungen eine Kundgebung durch: „Gegen Gewalt – für den Rechtsstaat, gegen den Polizeistaat – für die Demokratie.“ Für den Rechtsstaat, das heißt für die SPD noch allemal: für das Recht des Kapitals auf Mietspekulation, Ausbeutung, Stuttgart-Stammheim-Festungen und die Existenz seiner bewaffneten Bürgerkriegsformation, der Polizei. Die SPD verfolgt in diesem parlamentarischen Meinungsstreit in Wahrheit ihre klassische reformistische Funktion, nämlich zu versuchen, die Oppositionsbewegung zu kontrollieren und wieder in parlamentarische Bahnen zu leiten.

Linke kapituliert vor der SPD!

Nicht allein die SPD verfährt nach dem Motto: „Die Guten ins Töpfchen, die

Schlechten ins Kröpfchen!“ Auch große Teile der westdeutschen und Westberliner Linken, unter dem Sog der SPD stehend, treffen diese Unterscheidung. Besonders die vorgeblich trotzkistische Gruppe Internationale Marxisten (GIM) jubelt über die „linken“ SPDler mit ihrem Herz für die Jugend. In Westberlin ist die GIM neben der Sozialistischen Linken und der Alternativen Liste Mitunterzeichner eines Aufrufes für „Amnestie für alle in den Auseinandersetzungen um die verfehlte Wohnungs- und Städtebaupolitik Verfolg-

ten!“ Wer soll hier wen „amnestieren“? Garski die Hausbesetzer? Aus der richtigen Lösung: „Eins, zwei, drei – laßt die Leute frei!“, für die Zehntausende mobilisiert wurden, wird nun eine Bitte nach „Haftverschonung“ und die Forderung nach einem „Straffreiheitsgesetz“. Auf einer Veranstaltung des Aktionskomitees für Amnestie am 20. März in Westberlin wurden Unterstützer des Hungerstreiks der RAF, die zu dem lebensbedrohlichen Zustand der verhafteten Gabriele Fortgesetzt auf Seite 10



Nürnberg, 5. März: Polizei organisiert „größte Massenverhaftung seit dem Ende des Dritten Reichs“ (Der Spiegel)

Alternative Liste Westberlin:

Igel ohne Stacheln

Das Wahlkarussell zu den Abgeordnetenhauswahlen am 10. Mai dreht sich. Während die CDU gute Chancen hat, ihr Image im Schatten der SPD-Ruine Berlin in Form von Stimmengewinnen aufzupolieren und der sozialliberale Senat unter Vogel seine spärlichen Wahlbonbons – geheucheltes Verständnis für die „Jugend“, beharrliches Festhalten an Mietpreisbindung und Streichung der Westtangente aus dem städtischen Bauprogramm – verteilt, sind sich bürgerliche Presse, demoskopische Institute und die Westberliner Szene einig: die Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL, mit dem Igel als Markenzeichen) wird am 10. Mai die undemokratische 5-Prozent-Hürde überspringen und ins Abgeordnetenhaus einziehen.

Auf diesen Sprung konzentrieren sich seit Monaten neben der wiedererwachten AL die Aktivitäten der gesamten Westberliner Linken, angefangen beim Volksbegehren der AL zur Auflösung des Senats, welches „den Pro-

test aller Bürger gegen Korruption und moralischen Verfall in der Politik zum Ausdruck bringen“ soll bis hin zur Diskussion vom 4. bis 8. März um die Erstellung eines Wahlprogrammes der AL.

In unserem Artikel „Westberlin instandbesetzen?“ (Spartakist Nr. 35, März 1981) schrieben wir: „Egal, wie die Wahl am 10. Mai ausgehen wird, die Lösung der Wohnungsfrage, die Erfüllung des Rechts auf Arbeit etc. wird dadurch keinen Schritt näher rücken.“ Die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie werden weiter die Krise des Kapitals auf dem Rücken der Arbeiterklasse verwalten. Hierzu brauchen sie das Parlament als ihre „demokratische“ Schwatzbude.

Kommunisten nehmen an Wahlen zu bürgerlichen Parlamenten teil, um sie als Tribüne des Klassenkampfes zu nutzen. Auf der Grundlage eines klassenkämpferischen Programms – in dessen Mittelpunkt die Abwehr der Angriffe des bürgerlichen Staates auf den

Lebensstandard der Arbeiterklasse und die wachsende imperialistische Kriegsgefahr stehen würden – kämpfen Kommunisten, um den Bruch des Proletariats mit parlamentarischen Illusionen voranzutreiben.

„Genossen, in uns allen steckt doch ein kleiner bürgerlicher Parlamentarier“

Obiges formulierte zutreffend ein Delegierter auf der Mitgliederversammlung der AL am 7. März. Im Oktober 1978 als Sammelbecken gegründet für „(alle), die es leid sind, sich von den etablierten Parteien verströmen und an der Nase herumführen zu lassen und eine wirkliche Alternative zu den nächsten Wahlen (März 1979) in Westberlin wollen“ (Einladung zur Gründungsversammlung einer Alternativen Liste Westberlin, 30. September 1978), bildete die AL von ihrer Gründung an einen heterogenen Zusammenschluß von Projekten und Basis-

Fortgesetzt auf Seite 10